

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die schlagbaltige Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Veranlassungs-Angaben 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (zwei- bis vierzeilige Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 20. Juli 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das elendeste aller Wahlsysteme.

Wenn schon für 1867 der damalige Kaiser Bismarck, das preussische Dreiklassenwahlsystem sei das elendeste aller Wahlsysteme, volle Berechtigung hatte, so noch weit mehr heute, nachdem fast ein halbes Jahrhundert seit jenem Ausspruch verflossen ist, und in diesem Zeitraum sich die Physiognomie und die wirtschaftliche Struktur des preussischen Staates völlig verändert hat. Lebte damals noch der größte Teil der Bevölkerung Preussens von der Landwirtschaft, so hat sich inzwischen eine enorme Entwicklung der Industrie und des Handels vollzogen, die den wirtschaftlichen Schwerpunkt des Staates mehr und mehr nach dem Westen gerückt hat. Der kleine handwerksmäßige Betrieb hat seine einstige Bedeutung für das Gesamtwirtschaftsleben größtenteils verloren und mit ihm der kleine selbständige städtische Mittelstand, während andererseits aus dem heutigen Wirtschaftsmechanismus ein aus Privatangestellten, Beamten und Mitgliedern der sogenannten freien Berufe bestehender „neuer Mittelstand“ herausgewachsen ist. Und neben dieser Schicht entstand eine sich schnell vermehrende, industrielle, intelligente Arbeiterschaft, deren Arbeitsleistung für den wirtschaftlichen Bestand Preussens zu einem bedeutungsvolleren Faktor geworden ist, als die irgend einer anderen Bevölkerungsgruppe.

Mit dieser Entwicklung hat sich zugleich eine allgemeine Verschiebung der Bevölkerung vollzogen. Die Kleinstädte des Ostens blieben, von der neuen Kultur oft garnicht berührt, in den alten Verhältnissen stecken; manche nahmen sogar an Einwohnerzahl ab; während im Westen aus Dörfern und kleinen Ackerstädtchen industrielle Kleinstädte entstanden. Es begann die Flucht nach dem Westen. Aus dem agrarischen Osten Preussens zog die Bevölkerung teils in die in Rheinland-Westfalen entstehenden und sich schnell ausbreitenden Industrieviertel, teils in die großen Handels- und Verkehrszentren.

Diese ganze gewaltige Entwicklung ist an dem preussischen Wahlrecht fast spurlos vorübergegangen. Wohl sind verschiedentlich kleine Änderungen vorgenommen worden, besonders 1890 und 1893, indem die Drittelung der Wähler nach dem Steuerbetrage für die Urwähler des ganzen Wahlkreises aufgehoben und für die einzelnen Wahlbezirke verlegt wurde, und indem ferner die Steuerberechnung nicht nur die Klasseninteilung geändert und bei der Drittelung nicht nur mehr allein die Staatssteuer, sondern neben dieser auch die Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in Betracht gezogen wurden; aber weder hat durch diese lächerlichen „Reformen“ das komplizierte preussische Dreiklassenwahlsystem an Einfachheit gewonnen, noch ist sein plutokratischer Charakter gemildert oder die Wahlkreiseinteilung auch nur einigermaßen der Bevölkerungsveränderung angepaßt worden. In gewissem Sinne hat sogar die Bestimmung, daß in Wahlbezirken, in denen Gemeindesteuern nicht erhoben werden, an deren Stelle die veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern, auch wenn sie nicht bezahlt werden, in Anrechnung kommen, das Übergewicht der selbständigen Gutsbesitzer Ostelbiens noch beträchtlich vermehrt.

Die Folge dieses Festhaltens an einem total verrotteten Wahlsystem, das zur Zeit der schwärzesten Reaktion, im Jahre 1849 wider Recht und Verfassung dem preussischen Volk aufgezwungen wurde, ist eine enorme Begünstigung der kulturell rückständigsten Gegenden, der „rotten boroughs“, gegenüber den Metropolen des Wirtschaftslebens. Kleine Ortsbezirke und Landstädte in Ostpreußen haben tatsächlich einen größeren politischen Einfluß auf die politische Zusammenfassung des preussischen Abgeordnetenhauses als große wichtige Industriestädte des Rheinlandes. Und diese Unterschiede werden von Jahr zu Jahr größer, denn noch immer steigt die Bevölkerungszahl des Westens auf Kosten des Ostens.

Die heute schon die östlichen Provinzen Preussens infolge der völlig veralteten Wahlkreiseinteilung vor den westlichen Provinzen begünstigt sind, zeigt deutlich die nachstehende Tabelle, in der auf Grund der letzten Volkszählung berechnet worden ist, wie viele Abgeordnete jede preussische Provinz entsprechend ihrer jetzigen Bevölkerungszahl in das preussische Abgeordnetenhause zu entsenden berechtigt ist, und wie viele Abgeordnete sie tatsächlich nach Berlin schickt:

Provinz	Zahl der Abgeordneten im jetzigen Landtage	Einwohnerzahl am 1. Dezember 1910	Anspruch auf Mandate nach der neuen Volkszählung	mehr oder weniger
Ostpreußen	32	2.003.748	23	- 9
Westpreußen	22	1.708.542	19	- 3
Stadt Berlin	12	2.064.153	23	+ 11
Brandenburg	38	4.091.620	45	+ 7
Pommern	26	1.718.445	19	- 7
Posen	29	2.100.096	23	- 6
Schlesien	66	5.226.203	58	- 8
Sachsen	38	3.088.788	34	- 4
Schleswig-Holstein	19	1.619.673	18	- 1
Hannover	36	2.942.546	32	- 4
Westfalen	34	4.127.904	45	+ 11
Westfalen-Rheinland	26	2.221.249	25	- 1
Rheinprovinz	63	7.120.519	78	+ 15
Sigmaringen	2	71.009	1	- 1

Wir sehen die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern schicken heute 33 Abgeordnete mehr in das preussische Dreiklassenparlament, als ihrer Bevölkerungszahl entspricht. Dagegen sind die industriellen Provinzen erheblich benachteiligt. Rheinland und Westfalen können nur 97 Abgeordnete wählen, während sie ihrer Bevölkerungsgröße nach auf 123 Abgeordnete Anspruch haben.

Besonders aber ist Berlin benachteiligt. Die Reichshauptstadt kann 12 Abgeordnete wählen, während ihr rechtmäßig ein Anspruch auf 23 „Volksvertreter“ zusteht; sie besitzt also im Vergleich zu den Gutsbezirken und Kleinstädten des Ostens nur ein halbes Wahlrecht.

Als noch weit schlimmer stellt sich jedoch die Zurücksetzung der Handels- und Industriegegenden heraus, wenn man zugleich die Höhe der Staatssteuern in Betracht zieht. Zwar wird gewöhnlich in der konservativen und nationalliberalen Presse die Dreiklasseninteilung des preussischen Wahlsystems damit begründet, daß der, der mehr Steuern zahle, also mehr zu den Staatsunterhaltungskosten beitrage, auch ein größeres Wahlrecht haben müsse; doch wie so viele andere Begründungen widerspricht auch diese aufs schärfste den wirklichen Verhältnissen. Tatsächlich haben gerade in Preußen jene Gegenden, die am wenigsten Staatssteuern aufbringen, ein vier-, fünf- und sechsmal größeres Wahlrecht, als die, welche die größten Steuererträge liefern. Den Beweis dafür erbringt folgende Tabelle:

Provinz	Zahl der Abgeordneten im jetzigen Landtage	Summe der Einkommensteuern für 1910 in M.	Anspruch auf Mandate nach der Steuerleistung	mehr oder weniger
Ostpreußen	32	6.421.617	8	- 24
Westpreußen	22	5.502.246	7	- 15
Stadt Berlin	12	50.908.111	67	+ 55
Brandenburg	38	47.411.816	62	+ 24
Pommern	26	8.088.500	11	- 15
Posen	29	7.119.167	9	- 20
Schlesien	66	30.338.110	40	- 26
Sachsen	38	23.108.442	30	- 8
Schleswig-Holstein	19	11.612.659	15	- 4
Hannover	36	19.036.061	25	- 11
Westfalen	34	28.874.133	38	+ 4
Westfalen-Rheinland	26	27.818.186	37	+ 11
Rheinprovinz	63	71.148.274	93	+ 30
Sigmaringen	2	230.880	1	- 1

Würde sich demnach die Abgeordnetenzahl nach dem Staatssteuerbetrag richten, dann könnten die fünf Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien insgesamt nur 75 Abgeordnete wählen; Berlin dagegen für sich allein 67 und mit der Provinz Brandenburg zusammen sogar 129.

Das sind so schreiende Ungerechtigkeiten, daß man meinen sollte, auch das liberale Bürgertum möchte mit aller Kraft gegen das preussische Dreiklassenwahlsystem und seine Wahlkreiseinteilung Sturm laufen. Aber aus Haß gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft hält es sich völlig zurück oder unterstützt gar noch die Konservativen in ihrem Widerstand gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Es bleibt der Sozialdemokratie überlassen, fast allein den Kampf um das gleiche Wahlrecht zu führen. Und sie ist bereit, ihn zu führen. Sie hat diesen Kampf in den Vordergrund der Politik gerückt und sie wird ihn im Mittelpunkt des politischen Interesses zu erhalten wissen.

Republikanische Eigentümlichkeiten?

Man schreibt uns: Herr Professor Hans Delbrück ist ein gelehrter und in seinem Fach wohl unterrichteter Mann. Es ist Historiker und hat die Geschichte der Kriegskunst zu seiner Spezialität erwählt, über die er ein lehrreiches und gutes Werk geschrieben hat, dessen besonderes Verdienst darin besteht, einer großen Anzahl jener Legenden das Genid zu brechen, die unseren Kindern in der Schule gleichwohl immer noch als laute Wahrheiten der Kriegsgeschichte erzählt werden. Im Nebenamt ist Herr Prof. Delbrück Leiter und Herausgeber der Zeitschrift „Preussische Jahrbücher“, in deren allmonatlich erscheinenden Heften sich u. a. auch stets eine „politische Korrespondenz“ befindet. Höchst ergötzlich ist es nun zu sehen, wie schwer es selbst einem gelehrten und ehrlichen Mann wird, die von ihm selbst festgestellten historischen Wahrheiten auch in der politischen Praxis zur Geltung zu bringen, wenn dieser Mann in bürgerlicher Denkweise befangen ist.

Bei dem gegenwärtig in Deutschland herrschenden System vertritt es sich von selbst, daß jeder „gute Deutsche“ königstreu ist; Monarchist muß er sein aus tiefster Ueberzeugung. Nur ein Staatswesen, an dessen Spitze kein Monarch steht, kann etwas taugen; eine Republik kann nichts wert sein. So unternimmt es im Juliheft der „Preuss. Jahrbücher“ ein Herr Daniels (der dort aber auswärtige Politik schreibt) nachzuweisen, daß bei der gegenwärtigen Marokko-Affäre Frankreich von vornherein im Recht sei, weil es eine Republik ist und weil eine Republik militärisch niemals so leistungsfähig sein kann wie eine Monarchie.

„Weil Frankreich eine reine Demokratie ist, sind die Franzosen außer Stande, die Frage des Oberbefehls in Kriegszeiten so zu ordnen, daß sie mit sich selber zufrieden sind und der Stunde der Entscheidung in dem Gefühl entgegensehen, während des Friedens organisatorisch nichts vernünftig zu haben.“

Verwundert fragt sich der gewöhnliche Menschenverstand, wieso die Franzosen nicht imstande sein sollten, den Oberbefehl ihrer Armeen

zu ordnen, und wie das mit der Demokratie zusammenhängen soll. Die Antwort ist diese: „Die öffentliche Meinung Frankreichs verlangt, daß im Kriege die gesamte Streitmacht der Nation in den Händen eines einzigen Mannes konzentriert sein soll.“ Das aber, so habe der Kriegsminister Goiran in der Kammer gesagt, entspricht nicht dem Geist der republikanischen Verfassung, „ein Generalissimus passe nicht in die Republik“. Und dies sei auch die Meinung der Pariser Presse. Diese erklärte:

„Niemand wird die französische Demokratie sich entschließen, einem einzelnen General die Verfügung über die gesamte Wehrkraft des Landes zu übertragen. Denn wenn jener Feldherr die Kampagne verlore, würde die Republik unter der Wucht der Anklage, die Würde der Verantwortlichkeit nicht unter mehrere verteilt zu haben, zusammenbrechen. Den umgekehrten Fall aber gesetzt, daß der Generalissimus als Triumphtor zurückkehre — um so gewisser würde dann die Republik zusammenbrechen.“

Es ist wert, den Gedankenangst festzuhalten, der hier zum Ausdruck kommt und der die Unbrauchbarkeit republikanischer Einrichtungen an sich — nicht etwa nur die des gegenwärtigen Frankreichs — beweisen soll. „Diese Achtung des strategischen Genies“, sagt Herr Daniels weiter, „ist echt republikanisch. Schon die Karthager liebten lieber ihre Stadt zerstören, als daß sie Hannibal unterführten. Die Franzosen aber möchten Republikaner bleiben und ihren Generalen das Mißtrauen und den Keid entgegenbringen, welche von republikanischen Institutionen in Bezug auf hohe Militärs so schwer trennbar sind“, und doch möchten sie auch nicht die „Gefahr gewaltiger Katastrophen laufen“, die aus mangelnder Einheitlichkeit des höchsten Kommandos entspringe.

Wir wollen uns nicht als Sachverständige in militärischen Dingen aufspielen und die Frage nicht entscheiden, ob denn wirklich unter allen Umständen ein Generalissimus nötig ist zum Zwecke einheitlicher und erfolgreicher Kriegsführung. Nur ganz nebenbei möchten wir erwähnen, daß Herr Daniels selbst eine ganze Reihe von Beispielen des Gegenteils aus der Weltgeschichte anführt. „Die weltüberwindenden Römer suchten oft genug unter koordinierten (einander gleichgestellten) Feldherren“ usw. Hauptächlich interessiert uns die Behauptung, daß Keid und Mißtrauen gegenüber hohen Militärs eine wesentliche Eigenschaft republikanischer Gemeinwesen sei.

Neben diese Behauptung in der von Herrn Professor Delbrück geleiteten Zeitschrift setzen wir ganz einfach eine Stelle aus der von demselben Herrn Prof. Delbrück verfaßten „Geschichte der Kriegskunst“. In dem zweiten Bande dieses Werkes, der von den Germanen handelt, beschäftigt sich Herr Delbrück auch mit der Frage, wie es wohl gekommen sei, daß das gewaltige römische Kaiserreich schließlich und sogar ziemlich bald auf die Eroberung Germaniens verzichtet habe. In der Schule kommt man über diese Frage, wie wir alle wissen, sehr leicht hinweg: durch ihre Niederlage im Teutoburger Walde seien die Römer so in Furcht und Schrecken geraten, daß sie alle Eroberungsgedanken fallen ließen und froh waren, wenn die Germanen nicht ihrerseits auftraten, um Rom zu erobern. Diese Idee verwirft Delbrück, wie jeder ernste Historiker, als kindisch und abgeschmackt. Er zweifelt nicht daran, daß Rom, hätte es ernstlich gewollt, seine Herrschaft auch über Germanien hätte ausdehnen können, wenn auch erst nach langen und schweren Kriegen. Die waren aber dem römischen Reich nichts Ungeohntes, die hatte es überall zu führen. Weshalb nun wollte es das nicht in Germanien? Darüber lesen wir in Delbrücks Werk (II. Band S. 101):

„Die Römer waren nicht imstande, die Niederlage im Teutoburger Walde sofort zu rächen. Zwar eilte Tiberius, der einzige Feldherr, dem Rom eine solche Aufgabe hätte anvertrauen können, an den Rhein, aber sich in einen vieljährigen Krieg zu stürzen, war er nicht in der Lage. Nur durch Adoption, durch Uebernahme des leiblichen Erbes des Augustus, zur Thronfolge bestimmt, mußte er in Rom zur Stelle sein, wenn etwa der alte Kaiser die Augen zumachte.“

Erst sechs Jahre später, nachdem Tiberius Kaiser geworden, schickte er den Germanicus nach Deutschland, der dort zwei Jahre lang mit ziemlichem Erfolg Krieg führte. Aber das Werk vollenden ließ ihn Tiberius nicht. Denn Germanicus war ein Blutsverwandter des verstorbenen Kaisers Augustus. Und wenn auch Tiberius wieder den Germanicus adoptiert hatte, so bestand doch zwischen ihnen und ihren Familien eine Spannung. Infolgedessen fährt Delbrück (S. 126) fort:

„Um seiner eigenen Sicherheit willen konnte Tiberius nicht dulden, daß zwischen dem Germanicus und den germanischen Legionen in einem vieljährigen Kriege sich ein Verhältnis bildete, wie einst zwischen Cäsar und den Legionen der römischen Republik in Gallien.“

Cäsar hatte nämlich 60—70 Jahre früher als Feldherr der römischen Republik Gallien — das heutige Frankreich — erobert, dann aber die ihm treu ergebene Armee gegen Rom geführt, die dortige Regierung gestürzt und sich zum Alleinherrscher aufgeworfen. Das gleiche Schicksal mußte Tiberius von jedem Feldherrn befürchten, dem die schwere Arbeit der Unterwerfung Germaniens gelangte:

„Die Schlacht im Teutoburger Walde und die drei Feldzüge des Germanicus hatten gezeigt, eine wie furchtbar schwere Arbeit die Unterwerfung dieser trotzigen germanischen Naturvölker sein würde: nur ein Feldherr von höchster Autorität, mit den größten Mitteln, auf viele Jahre frei waltend, hätte diesen Krieg zu Ende bringen können. Einen solchen Feldherrn hatte Tiberius nicht zu versenden, durfte ihn nicht versenden: zwei Jahre hatte er zugesessen, dann rief er den Germanicus ab und die Germanen blieben frei.“

Rom war damals wohlverstandener, keine Republik, sondern ein Kaiserreich, das mächtigste Kaiserreich vielleicht, das die Welt je gesehen hat. Und so beweist denn das Beispiel schlagend, daß Keid und Mißtrauen gegenüber hohen Militärs keineswegs eine besondere Eigentümlichkeit republikanischer Staaten sind. Aber Herr

Delbrück, der als Historiker so gut Bescheid weiß, läßt gleichwohl als Politiker solch hanebüchene Kammgeriechereien in seine Zeitschrift hinein, weil ihm das Vorurteil bürgerlicher Denkweise selbst die eigenen wohlbestimmten Kenntnisse verblende.

Die Marokkoaffäre.

Marokkorummel und Wahlparole.

Die „Aktion“ des Demokraten Franz Pfemfert ist in der Lage, einen Auszug aus einem „Informationszirkular“ zu veröffentlichen, das von Berlin aus in die konföderativen Größen in der Provinz verandt wird mit der „streng vertraulichen“ Aufforderung, die „Informationen“ in geeigneter Weise „den parteifreundlichen Kreisorganen und der zuverlässigen neutralen Presse zur Veröffentlichung zu überweisen, um in den Kreisen der nationalgesinnten Bevölkerung Klarheit über unsere vaterländischen Interessen zu schaffen.“ In dem Zirkular werden zunächst in tendenziöser und verlogener Weise die Ursachen des Marokkoinzidents dargestellt. Dann heißt es weiter:

„Während also, wie diese Preshänderungen zeigen, selbst die liberalen Parteien sich auf ihre nationalen Bewußtsein besonnen haben, da es jetzt heißt, Deutschlands Ehre und sei es mit dem Schwerte gegen welche Beschimpfungen zu verteidigen, hat sich der vaterlandsfeindliche, antideutsche Charakter der sozialdemokratischen Volksbeweher klar gezeigt. In einem Augenblick, wo unseres Vaterlands Ehre und Existenz gefährdet sind, reichen sich die roten Genossen von Frankreich und Deutschland die Hände, um ihren Nationen in den Rücken zu fallen. Daß dieses hochverräterische Treiben, das die Schamröte jedem Patrioten ins Antlitz steigen läßt, nicht von Gesetzes wegen verhindert wird, zeigt die Schwäche und die allzugroße Nachsicht unserer Regierung. Wohin soll es führen, wenn diesen gefährlichen Elementen ihr Wählen nicht unterbunden wird? Es ist jetzt an der Zeit, daß unser nationalgesinntes Volk und daß besonders unsere Arbeiter sich darüber klar werden, daß diese unheimliche Partei den Untergang Deutschlands als selbständiges Kaiserreich zumindest begehrt. Vielleicht respektiert Frankreich unsere Ehre nur deshalb nicht besser, weil es die jetzige Arbeit unserer Sozialdemokratie weit genug gediehen wähnt? ... An unseren nationalempfindenden Volksgenossen wird es liegen, bei der nächsten Gelegenheit, bei den Wahlen, dem Auslande zu zeigen, daß es mit dieser Partei keine Gemeinschaft hat. Wir hoffen, daß unser Volk für die Zukunft aus dem Verhalten der Sozialisten lernen wird.“

Es ist durchaus nichts Neues, was hier ausgesprochen wird. Wir haben schon zur Genüge darauf hingewiesen, daß unsere Staatsbehörden aus den marokkanischen Händeln Münze für ihre innerpolitischen Kette zu schlagen suchen. Interessant ist an der Mitteilung der „Aktion“, an deren Wichtigkeit wir zu zweifeln keinen Anlaß haben, nur die Tatsache, daß von Berlin aus hinter den Kulissen krampfhaft gearbeitet wird, die öffentliche Meinung in der Provinz zu beeinflussen. Jedem Kenner der Verhältnisse ist klar, daß bei dieser Hege der Regierung eines Bethmann Hollweg direkt oder indirekt beteiligt ist. Aber es ist ein verbrecherisches Spiel, das die Herren treiben. Je früher und deutlicher dem deutschen Volke gezeigt wird, daß der ganze Marokkorummel nur dazu dienen soll, Junker und Junkerengenossen vor einer tausendmal verdienten Niederlage bei den nächsten Wahlen zu retten, desto gründlicher wird die heimtückische und gemeingefährliche Irreführung der öffentlichen Meinung wirkungslos gemacht.

Der Streit um die „Kompensationen“.

Infolge der Geheimnisträumerei der Diplomaten ist in der deutschen und französischen Presse der Marokkotreiber eine scharfe Auseinandersetzung über die „Kompensationen“ im Gange, die natürlich nur zur Verschärfung der internationalen Spannung dienen kann. Französische Blätter behaupten, Deutschland verlange die französische Kongolüste als Abschlagszahlung für seinen Verzicht auf Marokko. Darob großes Geschrei in der französischen chauvinistischen Presse. Auf der anderen Seite gerissen die alldeutschen Blätter und die Zeitungen der Schwerindustrie gegen einen Verzicht auf Marokko und wollen von „Kompensationen“ überhaupt nichts wissen. Das Zeitungsgetöse haben und drüben wäre lächerlich, wenn die mit dem Kompensationsgeiz zusammenhängende internationale Konstellation nicht so bitter ernst wäre.

Charakteristisch für die Vertrauensduselei des deutschen Liberalismus ist wieder einmal die Haltung des „Berliner Tageblattes“. Es gesteht selbst ein, daß es die Entscheidung des „Panther“ nach Agadir freudig begrüßt habe, jammert aber jetzt über das Gezänk wegen der „Kompensationen“. Ja, war denn etwas dertartiges nicht vorauszusetzen? Kannte das „B. T.“ unsere Alldeutschen, unsere Panzerplattenpatrioten und unsere Militaristen so wenig, daß es jetzt von den Folgen des Agadirbluffs überrascht ist?

Einigung zwischen Frankreich und Spanien wegen des Konflikts in Elkar.

Paris, 19. Juli. Wie aus San Sebastian berichtet wird, hat die spanische Regierung Frankreich bereits eine erste Genehmigung gegeben. Der Minister des Aeußeren hat dem französischen Geschäftsträger gegenüber das Bedauern der Regierung ausgedrückt, daß die spanischen Zeitungen im Akt in mißliebiger Weise von angeblichen Unterhändlerungen des Hauptmanns Blaureau berichtet haben. Ferner soll der wegen seiner Sympathie für Frankreich bekannte Herr Clara zum spanischen Botschafter in Elkar ernannt werden. Er ist bereits in San Sebastian von dem spanischen Ministerpräsidenten empfangen worden und mit Instruktionen versehen worden. Ferner wurde dem spanischen Befehlshaber in Elkar unterlagt, Deserteure der schierikanischen Armee anzuwerben. Er wurde weiter angewiesen, die Waffen solcher Deserteure dem Sultan zurückzugeben.

Madrid, 19. Juli. Wie aus Paris gemeldet wird, hat der spanische Botschafter gestern Abend dem Minister des Aeußeren einen Besuch abgestattet und ihm erklärt, wenn die spanischen Agenten die Umstände bestätigten, unter denen die Festnahme Wolffs erfolgt sein solle, so könne die spanische Regierung nicht umhin, den Vorfall zu bedenken und sich mit Frankreich über die notwendige Entschädigung zu verständigen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. Juli 1911.

Der Wahlkampf in Düsseldorf.

Wahrscheinlich wird nun doch neben unserem Genossen Haberland, dem zentrumparteilichen Hansabundmitglied Dr. Johann Friedrich und einem christlich-sozialen Wahlkandidaten ein Mitglied der Demokratischen Vereinigung kandidieren; denn Herr Dr. Breitscheid-Berlin, dem von seinen Düsseldorf-Parteifreunden die Kandidatur angeboten ist, spricht sich in einem Brief

an das „Berl. Tagebl.“ in einer Weise für die Auffstellung eines demokratischen Kandidaten in Düsseldorf aus, die keine andere Deutung zuläßt, als daß er gewillt ist, die ihm angebotene Kandidatur anzunehmen. Er schreibt nämlich:

„Als seinerzeit die Liberale Vereinigung zu Düsseldorf, die sich, wie ausdrücklich bemerkt sein mag, aus Nationalliberalen und Fortschrittlichen zusammensetzt, den Beschluß gefaßt hatte, sich bei der Nachwahl tot zu stellen, nannte das „Berliner Tageblatt“ diese Entscheidung eine Schmach für den Liberalismus. Nicht zum wenigsten diese energische Betonung unseres eigenen Standpunktes in Ihrem geschätzten Organ veranlaßte den Düsseldorf-er Demokratischen Verein, der Frage einer eigenen Kandidatur näher zu treten. Es bestand und besteht für uns und für unsere Düsseldorf-Freunde nicht der geringste Zweifel daran, daß alles getan werden muß, um dem Zentrum den Sieg zu entreißen. Es fragt sich nur, welches der zweedmäßigste Weg zu diesem Ziele ist.“

Die Demokratische Vereinigung ist nun wohl über den Verdacht erhaben, daß sie nicht die nötige Entschlossenheit besitze, zur Wahl des Sozialdemokraten im ersten Gang aufzufordern. Aber nach reiflicher Erwägung und unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Faktoren schien uns diese Parole nicht angebracht. Leider ist, zumal nach der Auffstellung eines Angehörigen des Hansabundes als Zentrums-kandidaten, nicht zu erwarten, daß von vornherein der Kandidat der Sozialdemokratie aus nicht sozialdemokratischen Kreisen eine Unterstützung erhalten wird, die seinen Sieg in der Hauptwahl sicher stellt. Es gibt, wie Sie ja selbst am besten wissen, immer zahlreiche Wähler, die zwar in der Stichwahl dem Sozialdemokraten unter Umständen ihre Stimme geben, sich aber in der Hauptwahl zu einem solchen Schritt nicht entschließen können. Ist neben dem Christlich-sozialen, dem christlich-sozialen und dem sozialdemokratischen kein anderer Bewerber vorhanden, so besteht die Gefahr, daß sehr viele Düsseldorf-Freunde bei der Wahl zu Hause bleiben werden und infolgedessen der Zentrums-mann im ersten Wahlgang eine Mehrheit erhält. Wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, haben auch zahlreiche Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei in Düsseldorf die hier vertretene Auffassung geltend gemacht, sie blieben aber am Freitag in der Minorität, zumal sich die andere Seite auf Pflichten der Lokalität gegenüber dem nationalliberalen Bestandteil der Liberalen Vereinigung berief.

Die Demokratische Vereinigung in Düsseldorf wird, wie ich höre, ihre Auffassung von der Situation auch dann nicht ändern, wenn tatsächlich die Fortschrittliche Volkspartei den Beschluß faßt, nicht den demokratischen, sondern den sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen. Unsere Freunde glauben, durch ein Festhalten an einer eigenen Kandidatur den Kampf gegen das Zentrum am wirksamsten führen zu können, und sie werden sicher ebenso wie der Zentralvorstand der Demokratischen Vereinigung sehr erfreut sein, wenn sie dabei die wohlwollende Unterstützung Ihres geschätzten Blattes erhalten.“

Verständlicher wird das Vorgehen der Demokraten durch diese Argumentation gerade nicht. Daß die Demokraten in Düsseldorf auf besonderen Zulauf rechnen können, ist nicht gerade wahrscheinlich, wohl aber ist nun mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen, daß es zu einer Stichwahl kommt, deren Ausgang keineswegs so sicher ist, als wie Herr Dr. Breitscheid anzunehmen scheint.

Zudem wird der Wahlkampf ein sehr heißer werden, denn das Zentrum arbeitet mit Hochdruck, um zu beweisen, daß ihm seine Zustimmung zu der letzten Reichsfinanzreform in den Reihen seiner Anhänger nichts geschadet hat. Und es ist, um dieses Ziel zu erreichen, bereit, sich mit Hölle und Teufel, selbst mit dem Generalfeldmarschall der Pferde- und hochfähigen schwarzen Viecher, Grelanz Hiru, zu verbünden. So entbehrt denn auch zum Beispiel das Düsseldorf-Zentrumspat plötzlich allerlei schöne Eigenschaften am Hansabund und findet nicht das geringste dagegen einzuwenden, daß ein Zentrums-kandidat diesem schönen, nützlichen Bund angehöre. Wörtlich schreibt es:

„In der letzten Zeit ist ja im und um den Hansabund ein lebhafter Streit entbrannt. Die Gründungsurkunde und seine Gründung selbst vor etwa zwei Jahren sind noch in Erinnerung. Es wurde damals hervorgehoben, daß der Hansabund eine Vertretung sein solle für alle Gebiete des Handels, der Industrie und des gewerblichen Lebens; man darf zugeben, daß diese Bestrebungen ebenso berechtigt waren wie die anderer Erwerbsgruppen, zum Beispiel der Landwirtschaft, die sich auch bemüht, möglichst alle Landwirte zum fassen. Solange diese Bestrebungen in vernünftigen Grenzen bleiben und sich darauf beschränken, wirkliche Sachinteressen zur Geltung zu bringen unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der anderen Berufsstände, können wir, unbeschadet der politischen Stellung, solche ganze Stände umfassende Vereinigungen nicht verurteilen. Deshalb ist seinerzeit die Gründung des Hansabundes von uns in ruhiger, objektiver Weise besprochen worden. ... Wir halten es daher für keine unbedingte Notwendigkeit, daß Herr Dr. Friedrich, der als Vorstandsmitglied dem Hansabund als Vertreter der Bank angehört, aus dem Bunde austritt, weil, wenn alle, die mit dem Aeußeren Standpunkt nicht einverstanden sind, den Bund verlassen, dieser ohne weiteres zum Wählverein einer bestimmten politischen Partei herabgedrückt würde. So bietet sich ihm Gelegenheit, weiterhin dahin tätig zu sein, den Bund vor diesem Schicksal zu bewahren, und er steht auch jetzt noch mit seiner Ansicht im Bunde allein. Herr Dr. Friedrich hat durch seinen Eintritt in den Hansabund sich an seiner politischen Ueberzeugung nichts vergeben und er hat während seiner Jugendzeit zum Bunde nichts davon eingebracht. Er ist ein entschiedener Anhänger der Zentrums-partei, der, wie wir wiederholt betonten, auch im Hansabund seine Anschauung stets vertreten hat. Die Parteileitung hat an seiner Mitgliedschaft zum Hansabund, welche sie natürlich wüßte, keinen Anstoß genommen, ebensowenig das aus allen Ständen und Berufen zusammengesetzte Zentrums-wahlkomitee, und beide Instanzen haben gegen die weitere Mitgliedschaft nichts einzuwenden.“

Sollte es sich nicht empfehlen, daß die ganze Zentrumsfraktion des Reichstages geschlossen, als Korporation, dem Hansabund beitrete.

Eisenbahnüberschüsse und Betriebssicherheit.

Wie recht wir hatten, als wir aus Anlaß der Müllheimer Katastrophe forderten, daß der Unfallgefahr vor allen Dingen auch durch Entlastung der oft über Gebühr gepflagten Eisenbahnbeamten begegnet werde, beweist folgende Zuschrift, die wir aus Baden erhalten: „Die Schuld an der entsetzlichen Katastrophe soll der Lokomotivführer Platten-Offenburg tragen, weil er trotz der in Basel erhaltenen Anweisung nicht langsam in den im Schienenumbau begriffenen Müllheimer Bahnhof einfuhr. Der Zugmeister, der in Basel den Dienst übernahm, gab an, daß der Führer ihm sehr abgemattet vorkam. Das wird wohl stimmen — sehen wir uns die Arbeitszeit Plattens in dieser Zeit der Glut- hitze an:

Sonntag früh	10.56	von Offenburg nach Basel,
	nachm.	5.15 „ Basel nach Offenburg,
Montag früh	2.41	Offenburg nach Basel,
	8.00	„ Basel nach Offenburg.

Wäre um 1/2 Uhr die Katastrophe nicht eingetreten, so hätte derselbe Führer am Montag noch nach Heidelberg fahren müssen. Das ist eine geradezu unerhörte Ausnutzung der Kraft eines Mannes, der schon 25 Jahre Lokomotivführer ist. In der Petitionskommission des Reich-

tags hat der Abg. Geß anlässlich einer Petition der Lokomotivführer auf die Gefahr dieser Personal-ausbeutung hingewiesen.“

Soweit die beachtenswerte Zuschrift. Also auch wenn dem Lokomotivführer Platten nicht das geringste Verschulden nachgewiesen werden kann, wenn vielmehr die Katastrophe tatsächlich auf das Versagen der Bremse zurückzuführen sein sollte, wäre es höchste Zeit, daß die Eisenbahnverwaltung auf Nerben und Gesundheit ihrer Beamten größere Rücksicht nähme, auch im Interesse der Passagiere! Die Eisenbahnen sollen in erster Linie dem Verkehr dienen, erst in zweiter Linie kann die Erzielung eines Ueberflusses in Frage kommen. Leider aber bilden, namentlich in Preußen, die Eisenbahnen seit jeher die milchende Kuh, um den besitzenden Klassen das Zahlen angemessener Steuern zu ersparen!

Der erste Alarm aus Ovauboland!

Dem Reuterschen Bureau wird aus Livingstone (Rhodesia) gemeldet. Der Verwaltung ging aus Seseke an der Grenze von Deutsch-Südwestafrika die Nachricht zu, nach Gerüchten, die unter den Eingeborenen dort umliefen, sei eine Patrouille bestehend aus dem Distriktskommissar v. Frankenberg, zwei weißen Sergeanten, 14 schwarzen Polizisten und 20 Trägern, von Leuten des Okavangostammes in Ngamiland niedergemacht worden. v. Frankenberg sei auf einem Maultier entkommen. Die Nachricht sei bisher unbestätigt.

Das Reutersche Bureau erfährt dazu, daß auch die Chartered Company keine Mitteilung erhalten habe, trotzdem Ngamiland auf englischem Gebiet liege. Die Anwesenheit der deutschen Patrouille auf englischem Boden erkläre sich daraus, daß die Grenze noch nicht genau festgelegt sei.

In Berliner amtlicher Stelle liegt bis jetzt keinerlei Meldung vor. Wichtig ist, daß Herr v. Frankenberg sich nach dem sogenannten Caprivizipfel begeben sollte.

Der Caprivizipfel liegt im Norden unserer südwestafrikanischen Kolonie, im Stammgebiet der Ovambos am Okavangoflusse. Das schmale Territorium streckt sich wie eine Landzunge in englisches Gebiet. Kolonialphantasten glauben, daß der Caprivizipfel einen Teil des Landes bilden werde, das die deutschen ostafrikanischen Besitzungen mit den südwestafrikanischen verbinden soll. Die vom „Vorwärts“ in der vorigen Woche ausführlich geschilderten Pläne der Regierung, die auf ein „großes Reinmachen im Ovamboland“ hinauslaufen, erstrecken sich auch auf den Caprivizipfel. Selbst wenn die Nachricht von der Niederwerfung der deutschen Expedition sich nicht bestätigen sollte, zeigt sie, daß sich im Ovamboland folgende Dinge vorbereiten. Wir sehen tatsächlich vor einem neuen südwestafrikanischen Abenteuer; möge das deutsche Volk auf seiner Hut sein!

Noch eine Junkeraffäre.

Das Kriegsgericht der Landwehrinspektion verurteilte am Mittwoch den Freiherrn v. Nitzhosen wegen Zweikampfes mit tödlichem Ausgang zu zwei Jahren Festung. Nicht die Duellholzerlei selbst, sondern ihr eigentümliches Drum und Dran verdient Erwähnung.

Der Freiherr v. Nitzhosen, Leutnant der Reserve, befand sich wie das bei den Standesgenossen des Herrn ja nicht selten vorkommen pflegt in Geldverlegenheiten. Er hatte dabei das Glück, sich nicht an Lölbel Pinfus wenden zu müssen, vielmehr erbot sich ein blaublättriger, der Vater v. Gaffron, dem Standesgenossen aus seinen Geldkammern zu helfen. Dieser edle Hülfsbereite pumpte Herrn v. Nitzhosen 25 000 M., wofür er sich eine in vier Jahren fällige Erbchaft des Eitelhebers im Betrage von 40 000 M. gebieren ließ. Außer dieser bescheidenen Verzinsung von 15 Proz. bedang Herr v. Gaffron sich noch eine weitere Verzinsung von 5 Proz. aus — heißt ein Geschäft!

Aber Herr v. Gaffron sollte die 20 Proz. nicht einstreichen. Als es zur Regulierung der Erbchaft kam, teilte Herr v. Nitzhosen seinen beiden Brüdern, die die Abwidlung des Geschäfts für ihn übernommen hatten, einem Legationsrat und einem Oberlandesgerichts-rat, mit, daß er seinerzeit nur 25 000 M. erhalten habe. Die beiden Brüder zwangen nun nicht nur den obigen Bucherer zu einer Ermäßigung seiner Forderung, sondern sie sorgten auch durch Verbreitung der Skandalaffäre dafür, daß v. Gaffron gesellschaftlich boykottiert wurde, namentlich des exquisiten Vorzugs verlustig ging, an den Hofjagden teilzunehmen.

Und nun ereignete sich Verschiedenerlei, was allerlei Kopf-schütteln erregen muß. Herr v. Gaffron war empört darüber, daß Herr v. Nitzhosen sich einer „Ehrlosigkeit“ schuldig gemacht, nämlich daß famose Geldgeschäft trotz gegebenen Ehrenwortes ausgeplaudert habe! Diese Verletzung seines besonders fein ausgebildeten Ehrgefühls kränkte ihn derart, daß er in einem Weinlokal über Herrn v. Nitzhosen heffel und ihn ohrfeigte. Aber Herr v. Nitzhosen besah kein minder ausgeprägtes Standes-Ehrgefühl: er schickte Herrn v. Gaffron eine Forderung zum Duell. Aber dieser vortreffliche Geschäftsmann war im Punkte der Junkerlehre so penibel, daß er die Forderung ablehnte, weil Herr v. Nitzhosen ob seines Bruches eines gegebenen Ehrenwortes nicht satifaktionsfähig sei! Erst das Eingreifen des militärischen Ehrengerichts brachte es zuwege, daß es dennoch zum Duell kam, zum „Ehrenhandel“ zwischen einem Name, der un-saubere Geldgeschäfte trieb, und seinem Gegner, der doch nach der Behauptung v. Gaffrons sein Ehrenwort gebrochen haben sollte!

In dem Duell erschloß Herr v. Nitzhosen Herrn v. Gaffron. Und er erhielt dafür 2 Jahre Kavalierehaft, trotzdem das Gericht angenommen hat, daß v. Gaffron tatsächlich bucherische Praktiken geübt hat. Wäre es da nicht vernünftiger gewesen, erst das Gericht sprechen zu lassen? Aber wir verstehen wohl nichts von dem eigenartigen Ehrentod unserer Junkerlast! Und wenn die nicht blaublättrige Offenlichkeit eine tolle Farce darin erblickt, daß erst eine militärische Institution ein Duell fordert und herbeiführt, das dann von einer anderen militärischen Institution mit 2 Jahren Festung geahndet wird, so liegt das auch wohl nur an den unheimlichen Verstandes- und Ehrbegriffen des blöden Plebs!

Das Zentrum und die letzte Reichsfinanzreform.

In der Zentrums-presse wird die Reichsfinanzreform des Jahres 1909, die der breiten Volksmasse mehrere hundert Millionen Mark an neuen Steuern aufbürdete, als „nationale Lat“ gepriesen und behauptet, daß die Ungerechtigkeit mit dieser Steuer-„Reform“ lediglich künstlich durch die wüste Agitation der sozialdemokratischen und liberalen Hezer hervorgerufen sei. In schärfsten Widerspruch zu diesen kuriosen Behauptungen der Zentrums-presse über die Volks-meinung zur Reichsfinanzreform steht, was in einer Versammlung des mehr als 12 000 Mitglieder zählenden Zentrums-kongresses in „Wohlfahrt“ zu Werden bei Essen gesagt und beschlossen wurde. Ein Herr Schlad, Vorsitzender des Verbandes westdeutscher „Christlicher“ Konsumvereine, führte in seinem Vortrage über „die Steuer-erträge und die Konsumvereine“ aus, daß die bürgerlichen Parteien sich nicht darüber im unklaren sein sollten, daß auch unter den Anhängern der bürgerlichen Parteien eine weitgehende Mißstimmung gegen die letzte

Reichsfinanzreform vorhanden sei. Kaum habe sich diese Erregung etwas gelegt, da erscheine schon wieder der Antrag Hammer im Abgeordnetenhause (der die Ausnahmsbesteuerung der Konsumvereine will), dessen letzte Konsequenz eine weitere Besteuerung der Lebensmittel für die breite Masse bedeutet.

In der Entschliebung, die nach dem Referat einstimmig gefaßt wurde, heißt es:

„Die Versammlung beurteilt den Antrag Hammer ferner aus dem Grunde, weil seine Durchführung wiederum eine Besteuerung der Lebensmittel und Wirtschaftsbetriebe für diejenigen Volkskreise bedeutet, welche auch einen großen Teil der Lasten der Finanzreform zu tragen haben (Kaffee, Tabak, Bier, Grundsteuer usw.).“

Interessant ist, daß in dieser Versammlung der Zentrumsabgeordnete Juchacz antwortend war, der also, da die Resolution einstimmig beschlossen wurde, mit in vorstehender Weise gegen die vom Zentrum verteidigte Reichsfinanzreform votiert haben muß. Uebrigens mußte dieser Herr sich sagen lassen, daß im preussischen Landtage gegen den volksfeindlichen Antrag Hammer nur die sozialdemokratische Partei entschieden Front gemacht habe. Er verteidigte sich damit, daß den Abgeordneten von den Konsumvereinen kein Material zugestellt werde!

Von der Rechtlosigkeit in Preußen.

Die Bewohner der Gemeinde Ulflog (Kreis Minden, Hannover), Arbeiter und Kleinbauern, waren der seitigeren Beiratsverwaltung auf dem Gemeindehause überdrüssig geworden und wählten am 23. April kurzerhand mit großer Mehrheit vier Arbeiter zu Beigeordneten. Nun unterlag diese Wahl der Prüfung durch den Landrat und der dekretierte in althergebrachter Weise:

„Die Bestätigung der in der Gemeindeversammlung zu Ulflog vom 23. April 1911 zu Beigeordneten gewählten Personen (sollen Namen) wird unter Zustimmung des Kreisaußenbüros auf Grund des § 26 der Landgemeindeordnung und des § 81 der Kreisordnung vom 6. Mai 1884 versagt, weil die Gewählten sich wegen ihrer bewußten Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei zur Wahrnehmung eines obrigkeitlichen Amtes nicht eignen.“

75 Prozent der wahlberechtigten Gemeindeglieder wählen die vier Arbeiter, weil sie diese für befähigt zur Führung der Gemeindegeschäfte halten, als die bisherige agrarische Verwaltung. Dem Landrat aber ist dieser Wille der Wähler Luft, für ihn sind Sozialdemokraten minderen Rechts. Es ist unglaublich, wie die Bureaucratie verfährt, aber echt preussisch!

Erfolg der ultramontanen Heberverfolgung.

Wie die „Nürtinger Volkszeitung“ meldet, beobachtet der Oberbürgermeister Beltman in Folge der Ribbilingung, die ihm die Mehrzahl der hiesigen Stadtoberordneten wegen seiner Haltung bei der Abstimmung über das Leichenverbrennungsgesetz ausgesprochen hat, auf seine Eigenschaft als Herrschaftsmittelglied zu verzichten. Diesen Verzicht wird Herr Beltman wohl zu tragen wissen. Die modernen Heberverfolger werden aber damit jedenfalls noch nicht zufrieden sein, bei der Reuewahl des Oberbürgermeisters besonders wird Herr Beltman seine Kiffstiel noch zu spüren bekommen.

Spanien.

Die Volksbewegung gegen das Marokkoabenteuer.

Man schreibt uns aus Madrid: Immer weitere Kreise in Spanien beginnen einzusehen, daß die größte Dummheit, die die Regierung in ihrer ganzen Marokkopolitik gemacht hat, die Ausschiffung von Truppen in Larraoch und die Besetzung von Elkar war.

Durch den energischen Aufklärungsfeldzug der republikanisch-sozialistischen Koalition und besonders durch die zahlreichen von der sozialistischen Jugend veranstalteten Protestversammlungen gegen den Marokkofeldzug erwacht das Volk allmählich aus seiner Leinwandtrübsinnigkeit. In Madrid, in Valencia und in Barcelona hat die Bevölkerung gezeigt, daß sie nicht das geringste von einem Kriege wissen will. Sie hat die große Gefahr erkannt, wenn man Canalejas weiter heimlich Truppen nach Marokko senden läßt. Sie weiß ferner, daß für die Zeitungskorrespondenten die strengste Zensur besteht, was den abenteuerlustigen Offizieren ermöglicht, ihre kriegerischen Absichten in die Öffentlichkeit zu lancieren.

In Madrid und Valencia haben über 20 000 Versammlungsbesucher klar und deutlich ausgesprochen, daß sie nicht ruhig zusehen wollen, wenn das Land in eine Katastrophe hineingetrieben wird. Sie wissen, daß Marokko keinen anderen Wert für Spanien hat, als den Salonoffizieren Beförderungen zu verschaffen.

Am Sonntag haben die Führer der republikanisch-sozialistischen Koalition die wichtigste Protestaktion seit Beginn ihres Feldzuges veranstaltet. Sie haben ihre Stimme vernehmen lassen in der Stadt, in der vor zwei Jahren die Revolution ausbrach, als die Regierung Maura einen unheilvollen Kolonialkrieg gegen den Willen des Volkes fortsetzen wollte.

Die Protestaktion in Barcelona hat gezeigt, daß man in Katalonien noch genau so denkt, wie vor zwei Jahren. Will die Regierung sich der Volksmeinung widersetzen, so setzt sie den Bestand der Monarchie aufs Spiel.

Trotz der Quertreibereien, die von Anhängern des falschen Demokraten Verrout gemacht wurden, um die Protestaktion zu vereiteln, waren in Barcelona mehr als 50 000 Personen zusammengetrommt. Bekanntlich trennte sich die Koalition von Verrout wegen seiner Unehrlichkeit, die auch von dem Barcelonaer Stadtrate, dessen Führer Verrout ist, mitgemacht wurde. Indem die Koalition die Schandtaten dieser radikalen Gauner stellte, hat sie der Bevölkerung Mut eingeflößt, sich aber auch den erbitterten Haß dieser radikalen Gauner zugezogen. Allerdings haben ihre heimtückischen Angriffe und ihr Gebrüll die Demonstration nicht vereiteln können.

Der Protest des Proletariats von Barcelona gegen einen tollen und zwecklosen Krieg wird Canalejas zu denken geben. Das ganze spanische Volk will von dem Marokkofeldzuge nichts wissen. Wenn die Regierung das nicht einseht, darf sie sich nicht wundern, wenn eines schönen Tages die Monarchie davongeweht wird.

Rußland.

Schließung der Petersburger literarischen Gesellschaft.

Eine der ältesten und angesehensten Akademien Petersburgs, die „Literarische Gesellschaft“, ist auf Verfügung der Behörden geschlossen worden. Als Grund für diese Maßregel ist angegeben: 1. Die Veranstaltung einer Enquete über die Lage der russischen Presse. 2. Die Annahme einer Resolution auf der Generalversammlung (im März), die gegen die schändliche Haltung der Professoren der Petersburger Universitäten während des Studentenstreiks protestierte.

Persien.

Rückkehr des vertriebenen Schahs.

Der vertriebene Schah Mohamed Ali, der angeblich ein deutsches Bad besuchen wollte, ist ganz heimlich von Odessa, wo er

sein Heim aufgeschlagen hatte, nach Persien gereist. Er hofft, bei der gegenwärtigen verworrenen Lage wieder auf den Thron zu kommen. Daß bei dieser Reise des Schahs die deutsche Regierung ihre Hand mit im Spiele hat, liegt klar auf der Hand, ebenso daß russisches Geld und russische Umtriebe die treibenden Kräfte der Anarchie in Persien sind. Mohamed Ali hofft besonders auf die Unterstützung der Turkmene.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Eine recht günstige Entwicklung hat die Parteiorganisation in Königsberg i. Pr. im letzten Jahre genommen. Während am 30. Juni 1910 der Sozialdemokratische Verein 3063 Mitglieder zählte, betrug seine Zahl am 30. Juni d. J. 3999; darunter befanden sich 950 Frauen. Jetzt ist die Zahl von 4000 bereits erreicht. Am 30. Juni 1910 betrug die Einnahme des Vereins 8921,16 M., die Ausgabe 5708,18 M., so daß ein Kassenbestand von 3213 M. verblieb. Am 30. Juni d. J. war die Einnahme 14 206,60 M., die Ausgabe 5436,74 M. Es verblieb in diesem Jahre ein Kassenbestand von 8766,86 M., macht gegen das Vorjahr ein Mehr von 5556,86 M. An Mitgliederbeiträgen wurden vom 1. Januar 1911 bis zum 30. Juni 1911 5075,85 M. eingenommen. An Wahlfondsbeiträgen (jedes männliche Mitglied zahlt 10 Pf. pro Monat Extrabeitrag für den Wahlfonds) wurden im letzten halben Jahre 1947,80 M. eingenommen. Die Parteimarken brachten 748,50 M. in dieser Zeit. Ausgegeben wurden in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1911: für allgemeine Agitation 2084,70 M., Beitrag für den Bezirksverband 187,08 M., für die Parteikasse in Berlin 748,32 M., für persönliche Verwaltungskosten 1480,73 M., für sächliche Verwaltungskosten 291,01 M. Innerhalb des letzten halben Jahres haben fünf Flugblattverteilungen stattgefunden; es sind 243 000 Flugblätter verbreitet worden. Es fanden 6 Volksversammlungen, 2 öffentliche Frauenversammlungen, 22 Bezirksversammlungen und 55 Revier- und Diskussionsabende außer den zahlreichen anderen Sitzungen statt. Vom Bildungsausschuß waren verschiedene Vorträge, ein Vorkursstabsabend sowie zwei Theateraufführungen arrangiert worden. Der Parteibibliothek wurden 5084 Bücher gegen 3252 M. Vorjahren entliehen. Die Abonnentenzahl der „Arbeiterzeitung“ betrug am 30. Juni 1911 835. Für die arbeitende Jugend fanden vier öffentliche und neun Bezirksversammlungen und Diskussionsabende statt. Dann wurden noch für die Jugend drei Unterhaltungsabende, ein Weihnachtsfest, ein Kassenfest sowie ein Jubiläumsvortrag veranstaltet. Im Durchschnitt hatten die Veranstaltungen 260—280 Besucher aufzuweisen. Die Jugend hat ihre eigene Musikkapelle und eine Sportabteilung für Fußball. Die Parteiverversammlung am Vormittag war von 5000 Personen besucht. Zur Agitation wurde eine Broschüre „Was wollen die Sozialdemokraten?“ hergestellt. Diese Agitation brachte dem Verein 365 Mitglieder. Alles in allem ist es in Königsberg vorwärts gegangen. Seit April vorigen Jahres hat die Organisation ihren Parteisekretär.

Von der finnischen Parteipresse.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Finnlands, „Työmies“, war bis jetzt, wie auch die übrigen Parteiorgane, Eigentum einer von Arbeitern gebildeten Verlagsgenossenschaft. Es machte sich oft unangenehm bemerkbar, daß die Parteikritikationen bei der Anstellung von Redakteuren usw. nichts mitzubestimmen hatten, da die Gesamtleitung in den Händen der Verlagsgenossenschaft lag. Die letztere verfügte auch vollkommen über den Ueberfluß der Einnahmen. Nun wurde auf der letzten Sitzung des Verwaltungsrates der Partei am 9. d. M. beschlossen, dem im Herbst stattfindenden Parteikongress einen Antrag zu unterbreiten, wonach die Partei einen so großen Teil der Anteilshälfte des Zentralorgans erwerben soll, daß der Parteivorstand in den Angelegenheiten des Organs bestimmend mitzureden kann. Da dieser Beschluß des Verwaltungsrates den ziemlich allgemein lautgeordneten Wünschen entgegenkommt, so dürfte seine Annahme auf dem Kongress gesichert sein.

Parteitagsdelegation. Zum Parteitag in Jena wurden durch Urabstimmung im Kreise Hagen-Schwelm Genosse Konrad Ludwig Hagen und Genossin Dr. Rosa Luxemburg-Fleckenau mit 513 respektive 454 von 628 abgegebenen Stimmen als Delegierte gewählt.

Pöbelliches, Verächtliches usw.

Belächterter Reichsverbändler.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte im März aus Anlaß einer Landtagswahl den Reichsverbändler H. H. H. einen politischen Vojazzo genannt, weil dieser in einer Wählerversammlung den Ausspruch getan hatte, der Landwirt müsse sein Vieh besser abwarten als ein Kind. Der Wahrheitsbeweis wurde erbracht, aber wegen formaler Belächterung des Reichsverbändlers wurde der Redakteur Herre zu 40 M. Geldstrafe verurteilt.

Soziales.

Erlaß über Fortbildungsschulen.

Das Ministerialblatt der inneren Verwaltung veröffentlicht einen vom Handelsminister unter dem 1. Juli gegebenen Erlaß über Einrichtung und Lehrpläne der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen vom Schuljahre 1912 ab. Für die religiösen Unterweisungen sollen danach die Bestimmungen des Erlasses vom 26. März 1897 gelten. In diesem heißt es: Da die Aufnahme des Religionsunterrichts in den Lehr- und Stundenplan der Fortbildungsschule nicht möglich ist, soll eine Förderung der religiösen Erziehung dadurch erreicht werden, daß die Geistlichen beider Konfessionen durch Unterweisung und belehrende Vorträge, die mündlich in den Räumen der Fortbildungsschulen und im Anschluß an den Unterricht stattfinden, die religiöse Erkenntnis der Zöglinge zu vertiefen und ihren religiösen Sinn zu wecken und zu fördern suchen. Dadurch, daß der Minister diesen Erlaß in die allgemeinen Grundzüge aufgenommen hat, ist er dem Drängen der Reaktionen des Landtags auf „Umformung“ weit entgegengekommen. Selbstverständlich ist der Beschluß dieser Vorträge Geistlicher nicht obligatorisch; es muß vielmehr jedem Schüler freistehen, ob er die Vorträge anhören will.

Zum Auktions-Ladenschluß.

Die Bestimmungen über den Auktions-Ladenschluß sollte Frau Ritter übertritten haben. Das Landgericht Berlin stellte fest, daß in dem Berliner Laden der Angeklagten sich ein Kunde noch lange nach 8 Uhr aufhielt, daß er aber seinen Kauf schon längere Zeit vor 8 Uhr vollzogen hatte. Deshalb sprach das Landgericht frei. Es führte aus: Es habe sich nach 8 Uhr nur noch um ein Privatgespräch der Angeklagten mit dem Kunden gehandelt. Dabei wäre es unerheblich, ob das Licht noch brannte und die Tür nicht abgeschlossen war. Es genüge, daß die offene Verkaufsstelle für den geschäftlichen Verkehr tatsächlich geschlossen sei.

Das Kammergericht hob dieser Tage aber das Urteil wieder auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Es wurde ausgeführt: Zwar sei es nicht absolut notwendig, daß der Laden abgeschlossen sein müsse. Aber wenn er nicht abgeschlossen sei, dann müsse doch durch irgendeine Maßnahme bekundet sein, daß der Laden für den Geschäftverkehr geschlossen sei, z. B. durch Auslösen des Lichts oder dergleichen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus müsse das Landgericht die Sache nochmal nachprüfen.

In Stellung, aber ohne Beschäftigung.

Klagen von Angestellten über zuviel Arbeit kommen oft genug vor, aber es gibt auch Fälle, in denen sich Gehilfen über Mangel an Beschäftigung beschwert fühlen, wie gestern eine vor der ersten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts stattgehabte Verhandlung zeigte. Der als Kläger auftretende Verkäufer und Stadtreisende Alex. W. hatte seinen Posten bei der belagerten Firma, einer Gesellschaft für Baumaterialien, freiwillig verlassen, weil

aber trotzdem Ansprüche auf Gehalt bis zum Ablauf der Mündigkeitsfrist. Als Begründung seines Ausscheidens führt er an, daß er es im Geschäft wegen Mangel an Arbeit nicht mehr ausgehalten habe. „Dieses Nichtstun war für mich schrecklicher als die schwerste Arbeit. Stundenlang lag ich dem Chef gegenüber und wußte nicht, was ich anfangen sollte“, erklärte der Kläger. „Und wenn ich an ihn eine Frage stellte, bekam ich noch nicht einmal eine Antwort. Endlich sagte ich ihm, daß ich das ewige Stillstehen nicht mehr ertrage und fortbleiben werde. Da ich auch darauf keine Erwiderung bekam, so sah ich das als stillschweigendes Einverständnis an und kam tatsächlich nicht wieder.“ Der Vorsitzende bemerkte zu den Ausführungen des Klägers, er habe als Stadtreisender doch gar nicht nötig gehabt, im Geschäft stillzustehen, da er ja sich hätte bemühen können, Kundenschaft zu erwerben. Aber das hätte, meint der Kläger, wenig Wert gehabt, denn der Prinzipal hätte eventuelle Aufträge doch nicht ausführen können. Es stand mit der Firma so schlecht, daß der Geschäftsvollzieher fast täglich zu Gast war. Die Firma besaß weder Kapital noch genug sie auch nur den geringsten Kredit. Die schlechte finanzielle Lage des Unternehmens muß der Geschäftsführer der Belagerten zu geben, er erklärt aber, daß er dem Kläger nicht gestattet habe und auch nicht damit einverstanden gewesen wäre, daß W. sich auf Kosten des Geschäfts freimache. Er habe seinerzeit versprochen, große Aufträge zu bringen, nichts davon sei aber in Erfüllung gegangen.

Das Kaufmannsgericht sprach dem Kläger nur 100 M. rückständiges Gehalt zu, wies ihn jedoch mit seiner Forderung auf Gehaltszahlung für Mai und Juni ab. Kläger sei freiwillig aus dem Dienstverhältnis ausgeschieden, es läge aber kein ausreichender Grund vor, der seinen Gehaltsanspruch für die Zeit nach dem Ausscheiden für gerechtfertigt erscheinen ließe. Wenn er im Geschäft selber nichts zu tun vorband, so hätte er als Stadtreisender auch ohne Direktiven des Chefs eine genügende Tätigkeit im Außendienst entwickeln können.

Aus Industrie und Handel.

Steigender Nahrungsmittelaufwand.

Der Monat Juni hat eine Steigerung der Nahrungsmittelpreise gebracht, die zur Folge hat, daß der Nahrungsmittelaufwand nunmehr wieder über das Niveau des Vorjahres hinausgeht. Zu Beginn des laufenden Jahres bestand noch eine starke Minusdifferenz gegen 1910, die fortschreitend abnahm und im Juni in ein empfindliches Plus umschlug. Wenn auch die berechnete Verteuerung für die Durchschnittsfamilie nur 24 Pf. die Woche beträgt, so fällt dieses Plus doch ganz gewaltig für den gesamten Volkshaushalt ins Gewicht. Es handelt sich insgesamt um eine Summe von mindestens 4—5 Millionen Mark, die bei gleichbleibenden Konsummengen pro Woche mehr für die Ernährung ausgegeben werden muß. Die Standardziffer für den wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand betrug im Durchschnitt von 55 deutschen Pflegen Mark:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1910	24,19	24,17	24,18	24,12	23,84	23,85
1911	23,53	23,61	23,59	23,72	23,88	23,80
Differenz	-0,66	-0,56	-0,59	-0,40	-0,16	+0,24

Im Vorjahr war die Bewegung fallend, im laufenden Jahre ist die gegenteilige Tendenz vorherrschend.

Obligationspolitik.

Die Siemens-Schuckert-Werke, G. m. b. H., beabsichtigen, eine Obligationenleihe von 30 Millionen Mark zu 4½ Proz. verzinslich und mit 108 Proz. rückzahlbar, auszugeben.

Die Siemens-Schuckert G. m. b. H., deren 90 Millionen Mark betragendes Stammkapital sich im Besitze der Siemens u. Halske A.-G. und der Schuckert-Gesellschaft befinden, hatte bisher 20 Mill. Mark 4½ Proz. zu 103 rückzahlbare Obligationen ausgegeben.

Die Ausgabe von Obligationen ist für die Aktionäre gut rentierender Unternehmen sehr vorteilhaft. Den auf das Obligationenkapital entfallenden Gewinnanteil, soweit er über den Zinsfuß hinausgeht, stecken die Aktionäre ein. Je größer das Obligationenkapital im Verhältnis zum Aktienkapital ist, um so vorteilhafter für die Aktionäre, wenn der Durchschnittszinssatz den Zinsfuß übersteigt. Um so mehr wird aber auch der Anteil des Kapitals an Arbeitsertrage verschleiert, weil bei den Vergleichen zwischen den Dividenden und Löhnen die für den Zinsdienst abgezogenen Summen gewöhnlich gar nicht berücksichtigt werden.

Die Entwicklung des Welt Handels.

Die Umsätze im Welthandel illustriert die folgende Zusammenstellung nach einem Aufsatze von Dr. Kreuzlam im letzten Heft der „Welt des Kaufmanns“:

	Wert der gesamten Einfuhr	Ausfuhr	Wert der gesamten Umsätze
	in Mark	in Mark	in Mark
1867	28 814 000 000	20 900 000 000	44 214 000 000
1877	29 457 000 000	27 103 000 000	56 560 000 000
1880	34 282 000 000	29 581 000 000	63 863 000 000
1885	32 879 000 000	28 814 000 000	61 693 000 000
1890	39 787 000 000	34 456 000 000	74 243 000 000
1895	38 179 000 000	33 389 000 000	71 568 000 000
1900	43 400 000 000	41 887 000 000	85 287 000 000
1905	59 410 000 000	53 036 000 000	112 446 000 000
1906	64 445 000 000	58 489 000 000	122 934 000 000

Der Löwenanteil aller dieser Umsätze entfällt natürlich auf Europa; er machte im Jahre 1906 77 955 800 000 M. aus (und zwar 43 417 400 000 M. in der Einfuhr und 34 538 400 000 M. in der Ausfuhr). Der Restenfolge nach kommen zunächst Nord- und Südamerika mit 23 753 700 000 M. (und zwar in der Einfuhr mit 10 792 400 000 M., in der Ausfuhr mit 12 961 300 000 M.). Dann folgt Asien mit 13 299 500 000 M. (Einfuhr 6 458 000 000 M., Ausfuhr 6 841 500 000 M.), weiter Afrika mit 4 874 100 000 M. (Einfuhr 2 482 000 000 M., Ausfuhr 2 392 100 000 M.), Australien mit 2 990 500 000 M. (Einfuhr 1 289 300 000 M., Ausfuhr 1 691 200 000 M.). Was die Umsätze Amerikas betrifft, so entfällt der größere Teil auf die Vereinigten Staaten von Amerika, nämlich 12 892 000 000 M. (Einfuhr 5 547 000 000 M., Ausfuhr 7 345 000 000 M.).

Die Petroleumpreise.

Ein Doppelzentner der nachstehend genannten Petroleumsorten kostete im Monat Mai in Berlin in Mark:

	1907	1908	1909	1910	1911
Amerik., water white	23,75	25,25	24,30	24,70	24,70
standard white	21,45	22,55	21,80	22,20	22,50
Russisches	20,50	20,95	20,65	20,85	21,05
Oesterreichisches	—	—	—	—	21,15

Am größten ist die Preissteigerung seit 1907 bei den amerikanischen Sorten. Der Preis für water white stieg um 0,95, der für standard white um 0,75 M. Russisches Petroleum verteuerte sich um 0,55 M. Von größter Wichtigkeit für die Entwicklung der Petroleumpreise in Deutschland ist noch immer die Bewegung der Preise für amerikanisches Petroleum. kamen doch von 4 211 488 Doppelzentnern gereinigten Erdöls, die in den Monaten Januar bis Mai in Deutschland eingeführt wurden, 3 480 728 Doppelzentner aus den Vereinigten Staaten. Gegen das Vorjahr ist die Gesamteinfuhr um 178 898 Doppelzentner, die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten jedoch um 301 207 Doppelzentner zurückgegangen. Aus Rußland wurden 61 761 Doppelzentner Petroleum, d. h. 124 415 Doppelzentner weniger als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres eingeführt. Gleichzeitig sind die Zufuhren aus Oesterreich-Ungarn von 551 650 Doppelzentnern auf 672 688 Doppelzentner und aus Rumänien von 69 577 Doppelzentnern auf 193 457 Doppelzentner gestiegen.

Gewerkchaftliches.

Die Krücken der christlichen Gewerkschaften.

Daß an der Wiege der christlichen Gewerkschaften Nicht-arbeiter als Paten und Helfer standen, ist bekannt. Mit den Geldern von Fabrikanten, von Geistlichen, Kaufleuten usw. ist die erste Agitation der christlichen Gewerkschaften betrieben worden. Und Nichtarbeiter sind es ja auch heute noch, die die Agitationsarbeit der christlichen Gewerkschaften mit ihrem Geld mit bestreiten müssen. Wir gehen nicht fehl, wenn wir behaupten, daß Tausende Nicht-berufsgenossen, besser gesagt Nichtarbeiter, den christlichen Verbänden als Mitglieder oder Ehrenmitglieder angehören, oder unter sonstigen Namen den christlichen Gewerkschaften ihre Beiträge abführen, die dann selbstverständlich unter die Rubrik „Mitgliederbeiträge“ gebucht werden. Wirte und Kaufleute, die in Orten wohnen, wo die christlichen Organisationen besonders erstarkt sind, gehören nicht nur einem christlichen Verbande an, sondern gleich mehreren. Je nachdem sie sich in Abhängigkeit zu den einzelnen Verbänden am Orte fühlen. So kommt Geld in die christlichen Gewerkschaftskassen und auch die Mitgliederzahl erhöht sich. Was das für Mitglieder sind, ist den Christen ganz egal. Auch wie sie zu Mitgliedern kommen. Wenn Fabrikanten ihnen die Mitglieder zutreiben, wird das dankend angenommen. Treten die konfessionellen Vereine für sie ein, so erfüllen sie nach Anschauung der christlichen Gewerkschaftler nur ihre Pflicht. Geistliche sind als Agitatoren für die christlichen Verbände gern gesehen und es ist nicht ganz gefahrlos für diese Leute, wollten sie diese „Christenpflicht“ nicht auf sich nehmen. Auch von den Behörden verlangt man, daß sie die Christen unterstützen, die andern Gewerkschaftsrichtungen aber bekämpfen. Man lese nur einmal den letzten gedruckten Geschäftsbericht des Gewerkschaftsvereins christlicher Vergarbeiter, wie aus allen Bezirken besonders berichtet wird, wie sich Christliche und Behörden, die Vereine zu dem Gewerkschaften stellen, wie verärgert kritisiert wird, wenn gar Grubenverwaltungen und Bechenbeamten sich nicht für sie ins Zeug legen. Daß die bürgerlichen Organe mehr für die christlichen Gewerkschaften tun sollen, versteht sich am Rande. Das sind aber alles Dinge, die so recht zeigen, wie sich die christlichen Gewerkschaften des Selbstvertrauens entblößt haben. Sie gebrauchen Krücken, um gehen zu können. Und was einmal vom Zentrum gesagt wurde, stimmt auch für die christlichen Gewerkschaften: Wenn die Geisteslichkeit nicht mehr für das Zentrum eintritt, dann ist diese Partei fertig. Wenn die Geisteslichkeit, die Behörden, die konfessionellen Vereine, die einzelnen bürgerlichen Parteien und hier und da die Unternehmer nicht für die christlichen Gewerkschaften eintreten, dann sind auch die letzteren fertig. Der große Mund macht es eben nicht allein. Wir sagen, daß trotzdem und trotz der weitgehendsten Unterstützung die Christen den freien Gewerkschaften gegenüber wenig bedeuten. Was aber würde erst werden, wenn den christlichen Gewerkschaften ihre Krücken genommen würden?

Berlin und Umgegend.

Der gelbe Sumpf bei der Firma Pintsch.

Wie in anderen Betrieben der Metallindustrie wird jetzt auch bei der Firma Pintsch versucht, die freie Organisation der Arbeiter durch Gründung eines „Bundvereins“ oder einer Unterstützungsstufe lahmzulegen oder zu vernichten, wenn es möglich wäre. Die Arbeiter und Arbeiterinnen von Pintsch hatten sich dieser Tage deshalb zahlreich in den Andreas-Feisthals versammelt, um zu dieser Sache Stellung zu nehmen. Der Referent Bahm vom Deutschen Metallarbeiterverband schilderte die Entwicklung und das Treiben der gelben Streikbrecherorganisationen in den verschiedenen Industrieländern, zeigte, welche Art von Menschen an der Spitze stehen und auf welche Weise man überall diese Verbände zuzüchten sucht. Uebrigens sucht man jetzt auch von Oesterreich aus durch die Gelben die Kasse des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu brandstehlen und zwar in der Weise, daß man Selbe mit einem Mitgliedsbuch auf die Reise schickt, das ganz so ausgestattet ist wie das des Deutschen Metallarbeiterverbandes, nur daß auf dem Titelblatt steht: „Deutscher Metallarbeiterverband für Oesterreich“. Auf Grund solcher Mitgliedsbücher haben Gelbe hier in Deutschland versucht, Unterstützung vom Deutschen Metallarbeiterverband zu erhalten; (1) man ist aber dem Schwindel selbstverständlich gleich auf die Spur gekommen. — Das Eigentümliche an den gelben Organisationen ist ja zunächst, daß sie

mit dem Gelbe des Unternehmertums gegründet werden und gänzlich vom Unternehmertum abhängig sind. Bei Pintsch liegt die Sache, nach dem Bericht, der dem Redner darüber zugegangen ist, so, daß der Beitrag 22 Pf. die Woche betragen soll, von denen 12 Pf. von der Firma bezahlt, die übrigen 10 Pf. vom Lohn abgezogen werden. Die Firma wird im übrigen ein Kapital zur Verfügung stellen für die Kasse. Als Krankenunterstützung soll vom zweiten Tage ab 1 M., für weibliche und Mitglieder unter 16 Jahren 50 Pf. gezahlt werden. Als Wöchnerinnenunterstützung bei ehelichen Geburten 25 M., bei unehelichen 15 M. Bei der Gründung dieses Pintschen Werkvereins war Herr Fichtner von der Firma Siemens, der Vertreter des Ledius, gleichsam als Geburtshelfer tätig. Daß es sich um eine gelbe Gründung handelt, darüber kann ja für jeden einigermaßen einsichtigen Arbeiter kein Zweifel bestehen. Es ist selbstverständlich, daß die organisierte Arbeiterschaft alles aufbietet, um diesen Werkverein oder wie er sich nennen mag, nicht aufkommen zu lassen. — Der lebhafteste Beifall, den die Ausführungen des Redners fanden, ließ erkennen, daß die Arbeiterschaft von Pintsch unter allen Umständen des versetzen wird, sich des vergiftenden und demoralisierenden Einflusses der gelben Gründung zu erwehren.

Zur Diskussion wurden zunächst die Vertreter der Gelben aufgefordert, sich zu äußern, und es meldete sich dann auch ein Herr Krusemarz zum Wort, der unter den Arbeitern von Pintsch einer der Hauptmänner jenes Werkvereins ist. In ziemlich weit-schweifigen Ausführungen, die die Anwesenden mit viel Gelbal über sich ergießen ließen, behauptete er, daß der Verein gar nichts anderes als ein Zusammenschluß der Unorganisierten sei, und erklärte auf Ehrenwort, daß er nichts mit Gelben zu tun habe, noch zu tun haben wolle. Der Redner mußte jedoch zugeben, daß von seiten des neuen Vereins

Der gelbe „Bund“ in der Fabrik verteilt

wird, und daß die Firma jetzt den gelben Arbeitsnachweis benutzt, meinte aber, daß es Sache der Firma sei, wenn sie mit derartigen Verbänden in Verbindung trete, und daß man dagegen nichts machen könne. Er fand auch keine Erwiderung darauf, daß ihm vorgeworfen wurde, an einen Vertrauensmann heranzutreten zu sein, um ihn zum Eintritt zu veranlassen, und dabei gesagt zu haben: „Sie müssen jetzt alle bei uns eintreten.“ Außer jenem

Herrn Krusemarz meldete sich übrigens keiner, die gelbe Gründung zu verteidigen.

Von verschiedenen Diskussionsrednern und auch von einem Vertreter des Pintsch-Dundeschen Werkvereins wurde ganz entschieden vor diesem Werkverein gewarnt, und diejenigen, die sich hatten verführen lassen, ihm beizutreten, wurden dringend aufgefordert, wieder auszutreten. Im übrigen wurde noch erwähnt, daß man namentlich auch in der Fabrikabteilung der Firma Pintsch in der Breslauer Straße auf die gemeinste Art diejenigen Arbeiter verfolgte, die irgendwelches Interesse für die freie Organisation an den Tag legen, während man bei derselben Firma Vertreter der Gelben von Betrieb zu Betrieb gehen läßt, um die Arbeiter zu zwingen, gelb zu werden. Wenn man den Werkverein oder Unterstützungsverein als etwas ganz Harmloses hinzustellen sucht, so handelt man eben hierin bei Pintsch nicht anders als bei anderen Firmen, wo man dergleichen Schutztruppen des Unternehmertums gegründet oder zu gründen versucht hat. Die Versammlung nahm schließlich einstimmig folgende Resolution an:

„Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Pintsch protestieren dagegen, daß die Firma versucht, durch Gründung eines Werkvereins der gelben Bewegung Vorschub zu leisten und ihren Arbeitern dadurch das Koalitionsrecht zu rauben. Die Versammelten erklären, daß sie es mit ihrer Arbeiterehre nicht vereinbaren können, Mitglied eines solchen Vereins zu sein, und verpflichten sich, so weit sie schon Mitglied geworden sind, aber heute erst erkannt haben, daß diese Handlungsweise gegen ihre Interessen verstößt, heute, noch ihren Austritt aus diesem Verein zu vollziehen. Des weitern verpflichten sich die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß auch der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin dem Deutschen Metallarbeiterverband zugeführt wird, um dann mit dessen Hilfe sich das zu erringen, was notwendig ist, um den Verpflichtungen gegenüber Staat und Gesellschaft nachkommen zu können.“

Einen echten Innungsmeistercup

hat sich der Bäderobermeister P r e g e w o w s k i in Charlottenburg geleistet. Am 17. Juli sollten für die Innung Ergänzungsarbeiten zum Gesellenauschuss vorgenommen werden. Pflichtgemäß waren auch die im Bäder- und Konditorverband organisierten Gesellen zahlreich erschienen. Besonders waren die Arbeiter der Großbädererei von U l b r i c h in Charlottenburg in einer Zahl von etwa 40 Mitgliedern fast vollzählig zur Wahl erschienen, da ja die Firma seit längerer Zeit der Innung angehört und auch regelmäßig die Innungsbeiträge entrichtet mußte. Das schien jedoch dem die Wahl leitenden Obermeister außerordentlich gegen den Strich zu gehen. Viele Jahre lang bestand der Gesellenauschuss in Charlottenburg aus Innungs-Liebedienern und führte, von keiner Seite gehindert, ein außerordentlich beschauliches Dasein. Voriges Jahr gelang es trotz der Machinationen der Innung, neben einem Innungsmitglied drei organisierte Vertreter in den Gesellenauschuss zu wählen, und dieses Jahr wäre mit tödlicher Sicherheit auch dieser eine hinausgewählt worden, denn neben den erschienenen Verbandskollegen kamen die gelben Innungsmeister gar nicht in Frage. Da erklärte nun der Obermeister beim Eintritt in die Wahl und nachdem er den Ausgang derselben übersehen mußte, plötzlich:

„Die bei U l b r i c h beschäftigten Arbeiter können weder wählen noch gewählt werden, da U l b r i c h nicht mehr Inhaber der Bädererei ist, sondern ebenfalls nur ein gegen ein Jahresgehalt von 6000 M. Angestellter.“

Natürlich protestierten die Arbeiter entschieden gegen die Behauptung und forderten unter allen Umständen ihr Wahlrecht! Allein vergeblich! Der Obermeister drohte schließlich mit der Polizei und, um eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs zu vermeiden, folgten die Gesellen der wiederholten Aufforderung, den Saal zu verlassen.

Die Organisationsleitung zog nun aber sofort an maßgebender Stelle, nämlich direkt bei der Firma, Erkundigungen ein und erhielt folgende Antwort:

Charlottenburg, den 19. Juli 1911.

Verband der Bäder und Konditoren,

z. H. des Herrn Schneider, Berlin, Engelauer 15.

In Beantwortung Ihrer geschätzten Anfrage von heute erkläre ich hiermit, daß die vom Obermeister der Bäderinnung von Charlottenburg, Herrn P r e g e w o w s k i, bei der am 17. Juli einberufenen Gesellenauschusswahl daselbst vorgebrachte Behauptung gegen mich auf böswilliger Erfindung beruht.

Die Wahrheit ist: Ich bin alleiniger Inhaber meines Grundstücks sowie alleiniger Inhaber meiner Bädererei und Konditorei mit elektrischem Betrieb, auch der dazu gehörigen Verkaufsstellen, bin also solvent und reguliere wöchentlich die abgelieferten Waren.

Ich werde sofort gegen den Obermeister der Bäderinnung Charlottenburg die nötigen Schritte einleiten zur Herstellung meiner Ehre und ev. Schadenersatz.

Mich empfehlend, zeichnet hochachtungsvoll

Anton U l b r i c h,

eingetragene Firma im Handelsregister.

Demnach besteht gar kein Zweifel darüber, daß die Behauptung des Obermeisters völlig aus der Luft gegriffen ist. Das Ganze scheint nichts weiter zu sein als der Ausfluß des Hasses gegen die der Innung außerordentlich unbenqueme, zurzeit größte Bädererei Groß-Berlins. Seit Jahren besteht zwischen der Organisation der Bäder und Konditoren und der Firma, die in Charlottenburg und im Westen Berlins viele Niederlagen besitzt, ein den Arbeitern günstiger Tarifvertrag. Seit 1907 werden bei dieser Firma Mitglieder dieses Verbandes beschäftigt und sowohl in diesem Jahre wie auch 1907 sind durch diesen Tarif die Pläne der Scharmacher in Charlottenburg durchkreuzt worden. Das mag den Obermeister benommen haben, auf diese Weise dem verhassten Gegner einen Krutrit zu versehen. Unwillkürlich werden wir dabei an einen ähnlichen Vorgang im Jahre 1895 erinnert, wo die Bäder einen zähen Kampf um den Maximalarbeitslohn zu führen hatten. Damals brachte die Dresdener Innung das Gerücht auf, daß ein bekannter Großbäder, der bei der Vernehmung der Reichskommission für Arbeiterkatalist sich auf den Boden des Maximalarbeitslohn gestellt hatte, unter Hinterlassung einer ungeheuren Schuldenlast flüchtig geworden sei. Das Gerücht erwies sich sofort als blanke Schwindel und die Urheber und Verbreiter desselben mußten ihren Haß gegen den Mann ziemlich teuer bezahlen.

Doffentlich geschieht dem Charlottenburger Obermeister nicht daselbe. Seine aus der Luft gegriffene, unqualifizierbare Behauptung verdiente allerdings einen gehörigen Denkzettel. Die Wahl, an der sich die übrigen Verbandsmitglieder nun auch nicht beteiligten, wird selbstverständlich sofort angefochten werden.

Deutsches Reich.

Niesenaussperrung in der deutschen Glasindustrie.

Die Glasindustriellen versuchen, gegen die Organisation der Glasarbeiter einen gewaltigen Schlag zu tun. Am Sonnabend, den 15. Juli, wurde allen organisierten Glasarbeitern, die in Betrieben des Arbeitgeberverbandes der Glasfabriken arbeiten, gekündigt. Ab 20. Juli soll die Aussperrung in Kraft treten, die sich über ganz Schlesien und das Königreich Sachsen erstrecken wird. In jenen Gebieten hat die Beleuchtungs- und Glasindustrie hauptsächlich ihre Fabriken errichtet. Von der Aussperrung dürften rund 10 000 Arbeiter in annähernd 60 Betrieben betroffen werden, darunter befinden sich viele unorganisierte Hilfsarbeiter.

Die Ursache, die zu diesen tiefgehenden Differenzen führte, ist in dem Streik der Glasarbeiter in Kauscha bei Görlitz zu suchen. Bereits im vorigen Jahre befanden sich die Beleuchtungs- und Glasarbeiter der Firma A. Gentschel Nachf. (Inhaber Gebr. Greiner)

in Kauscha im Ausland. Es handelte sich damals um die Zurückweisung einer recht erheblichen Lohnreduktion. Nach einwöchentlicher Dauer wurde in gemeinsamer Verhandlung mit den Industriellen der Kampf beendet. Die Firma A. Gentschel Nachf. zog die angekündigte Lohnreduktion zurück, und die Arbeiter konnten die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufnehmen. In der gemeinsamen Verhandlung verlangten die Industriellen, daß die Arbeiter der beiden übrigen Firmen in Kauscha eine Gleichstellung der Löhne mit der Firma A. Gentschel Nachf. anzustreben haben. Das wurde vom Verbands der Glasarbeiter zugefagt. Die Tarife liefen am 1. April 1911 ab und wurden vorher dieselben ordnungsgemäß gekündigt und zugleich Verhandlungen nachgeschickt. Die Unternehmer lehnten aber jede Aufbesserung und später jede Verhandlung entschieden ab. Darauf kündigte die Firma Robert Greiner am 4. März ihr gesamtes Personal und am 18. März wurde die Arbeit eingestellt. Bei der Firma Gebr. Hirsch erfolgte die Arbeitseinstellung am 1. April. Alle späteren Verhandlungen, die die Arbeiter mit den Unternehmern anbahnten, wurden abgelehnt. Uebrigens stellte der Arbeitgeberverband in Abrede, daß verlangt worden sei, einen gleichmäßigen Tarif in Kauscha anzustreben.

Da trat etwas ganz Unerwartetes ein. Am 29. April wurden auch die Arbeiter der Firma A. Gentschel Nachf. gekündigt und am 18. Mai ausgesperrt, und zwar, trotzdem die Arbeiter mit der genannten Firma einen Tarifvertrag abgeschlossen hatten, der noch bis zum 1. August 1911 Gültigkeit hatte. Bei der Kündigung wurde erklärt, daß diese nur dann zurückgenommen werden würde, wenn auch die Arbeiter der beiden übrigen Firmen die Arbeit bedingungslos aufnehmen würden.

In der gemeinsamen Verhandlung im August 1910 erklärten die Industriellen, die Arbeiter seien verpflichtet, für gemeinsame, das heißt gleiche Tarife zu sorgen. Als aber die Organisation der Arbeiter dies unternahm, sperrte auch die dritte Firma, trotz bestehenden Tarifes, auf Beschluß des Arbeitgeberverbandes die Arbeiter aus.

Nachdem der Verband der Glasarbeiter auch diesen Schlag ruhig abgewehrt und die Aussperrten in bester Weise unterstützt hatten, sahen die Herren ein, daß die Aussperrung bei der Firma A. Gentschel Nachf. umsonst war. Jetzt schlugen sie einen anderen Weg ein, um die verhasste Organisation der Glasarbeiter niederzuringen. Das soll jetzt mit einer allgemeinen Aussperrung der Glasarbeiter geschehen. In allen Fabriken Schlesiens, Sachsens sowie einem Teile Brandenburgs, deren Inhaber dem Arbeitgeberverband angehören, wurde am Sonnabend, den 15. Juli, durch Anschlag bekanntgemacht, daß alle Mitglieder des Zentralverbandes gekündigt werden. Es erfolgten darauf am Sonnabend abend die Kündigungen in folgender Weise:

„Betzugnehmend auf die in unseren Fabrikräumen angebrachte Kundmachung, wird Ihnen hiermit das Arbeitsverhältnis zum 20. Juli gekündigt. Falls Sie nicht im Zentralverband der Glasarbeiter organisiert sind, wollen Sie dies noch heute bis spätestens 7 Uhr abends in unserem Kontor persönlich melden. (Unterschrift der Firma.)“

Also, weiß die Arbeiter darauf bestehen, daß in den drei Betrieben in Kauscha ein gleicher Tarif zur Einführung kommen soll, werden die übrigen Arbeiter, die mit dieser Bewegung gar nichts zu tun haben, trotz Tarifvertrages einfach ausgesperrt. Brutaler und rücksichtsloser kann das Unternehmertum nicht vorgehen.

Einige bedeutende Firmen gehören der Unternehmerorganisation nicht an und sperrten deshalb nicht aus. Zugleich dürften auch diejenigen Unternehmer, die über neue Glasöfen verfügen, alles daran setzen, die Aussperrung zu verhindern; denn wenn die Herren aussperrten müssen, dann sind auch die Öfen vernichtet und ein bedeutendes Kapital ist unnütz herausgeworfen.

Ob während der Dauer der Kündigung eine Einigung erreicht werden kann, muß abgewartet werden. Die Glasarbeiter sind gewillt, die Hand zum Frieden zu bieten, aber an eine bedingungslose Unterwerfung kann nicht gedacht werden. Bei der Kündigung der Arbeiter haben einige Unternehmer ganz offen erklärt, daß sie die Kündigung widerwillig vornehmen.

Die Aussperrung geschieht also auf Wunsch einiger Scharmacher, die die verhasste Organisation der Glasarbeiter vernichten möchten.

Ausland.

Achtung, Vergolder, Goldleistenarbeiter! Nach einer uns zugegangenen Meldung bestehen in der Goldleistenfabrik in Dips-Maluzina (Ungarn) wegen bevorstehender Tarifserneuerung Differenzen. Wir ersuchen daher die Kollegen, bis auf weiteres den Zugang fernzuhalten.

Die Zentralkommission der Vergolder.
J. A.: Carl Langner.

Letzte Nachrichten.

Die „Kompensationsfrage“.

Paris, 19. Juli. (Pr.-Tel.) Der „Temps“ bespricht im Anschluß an das Interview mit M u l e h a f i d die Kompensationsfrage zwischen Deutschland und Frankreich und sagt: „Die deutsche Presse versucht, die Gesichtspunkte zu verwischen. Desto mehr müssen wir Klarheit schaffen. Die deutsche Presse irrt sich, wenn sie Frankreich im Unklaren halten zu können glaubt. Wenn diese Besprechungen ohne Ergebnis verlaufen sollten, so muß eben die Frage den Signatarmächten der Arie von Madrid vom Jahre 1880 und der Algecirasakte vom Jahre 1906 unterworfen werden. Die Tür steht für Frankreich offen. Achten wir darauf, daß die Tür und nicht verschlossen wird.“

20 Personen an Fleischvergiftung erkrankt.

Badenheim (Württemberg), 19. Juli. (W. T. B.) In dem benachbarten Hause a. d. Zaber und hier sind über 20 Personen an einer Fleisch- bzw. Wurstvergiftung erkrankt. Einige Personen schwanden in Lebensgefahr. Eine gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Amberg (Bayern), 19. Juli. Das hiesige Schwurgericht verurteilte die 37jährige Oekonomensfrau R a u n a u d O b e r t a u b l i n g, die den Speisen und Getränken ihres um 12 Jahre älteren Mannes wiederholt Strichain und Salzsäure beigemischt hatte, um nach dem Tode des Gatten ihren Liebhaber, einen 27jährigen Pferdewech, heiraten zu können, wegen M o r d e r s u n d z u sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Das Ende des französischen Bauarbeiterstreiks?

Paris, 19. Juli. (W. T. B.) Die Bauarbeiter haben beschlossen, die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen.

8. Verbandstag der Stukkateure.

Dresden, den 18. Juli.

2. Verhandlungstag.

Die Debatte über den Vorstandsbericht bewegte sich im allgemeinen in demselben Rahmen wie die gestrige Diskussion. Sanger-Dresden beschwerte sich, daß die deutschen Kollegen in Oesterreich sehr schwer Arbeit finden, da die Arbeitsvermittlung durch Bestimmungen des Arbeitsnachweises der österreichischen Bruderorganisation für die deutschen Kollegen sehr erschwert würde. Schram-Wien versucht diese Bestimmungen zu erklären und verspricht für ihre Beseitigung einzutreten. Nachdem in der heutigen Sitzung noch 14 Redner — gestern waren es über zwei Duzend — zu diesem Punkt gesprochen hatten, fand um die Mittagsstunde ein Schlußantrag Annahme. In den Schlußworten gingen die Referenten auf die in der Debatte aufgeworfenen Fragen ein und präzisieren ihren Standpunkt hierzu. Redakteur Thielberg-Hamburg erwiderte auf die bezüglich des Verbandorgans vorgebrachten Wünsche, mehr politische Artikel zu bringen, das Fachorgan sei in erster Linie dazu da, die wirtschaftlichen Kämpfe zu führen. Es hätte aber immer als seine Aufgabe betrachtet, so viel wie möglich dazu beizutragen, die Mitglieder für die Ideen des Sozialismus zu gewinnen, und in diesem Sinne werde es auch in Zukunft wirken. Auf die arbeiterfeindliche Haltung des Zentrums sei genügend hingewiesen worden. Zur Aufklärung der Frauen habe das Verbandorgan stets beigetragen. Es werde seinen Zweck auch künftig voll erfüllen. (Bravo!)

Zur Frage der Bezahlung der Extramarke wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der Verbandstag erklärt, daß die Mitglieder, die mit der Zahlung der Extrabeiträge im Rückstande blieben, verpflichtet sind, diese Beiträge baldmöglichst nachzuzahlen. Der Verbandstag betont nachdrücklich, daß die Zahlung der Extrabeiträge ebenso Pflicht der Mitglieder ist, wie die Zahlung der ordentlichen Beiträge. Keinem Mitglied stehen Rechte zu, das seine Beitragspflicht nicht voll erfüllt hat. Fälligen und Zahlstellen, die während der Lohnbewegung im vorigen Jahre ins Leben gerufen wurden, sind von der Zahlung der Extrabeiträge und Streifbeiträge entbunden. In das Mitgliedsbuch solcher Kollegen ist ein diesbezüglicher Eintrag zu machen.

Der Jahrestelle Vorsteher wird eine alte Schuld an die Hauptkasse erlassen und dann dem Vorstand einstimmig Decharge erteilt.

Ueber Agitation und Organisation verdrteite sich dann Verbandsvorsteher Odenthal-Hamburg. Er schilderte die guten Erfahrungen, die der Verband mit den Gaueinteilungen und der Anstellung von Gauleitern gemacht hat und zeigte, welche großen Agitationsfeld noch vorhanden ist. Nach einer Statistik über die Zahl der in den einzelnen Landesteilen beschäftigten Stukkateuren und Gipsern ist die Mehrzahl der Unorganisierten im Rheinland, Westfalen, Württemberg und Elsaß-Lothringen zu finden. Da sei zu prüfen, ob die Gaueinteilung nicht einer Umänderung bzw. einer Erweiterung bedarf. Die Gauleiter hätten ja einen bestimmten Plan für eine Neueinteilung der Gaue aufgestellt. Der Vorstand schlage aber vor, zunächst von einer allgemeinen Neueinteilung Abstand zu nehmen, den Gau 3 (München) aufzuheben und mit Gau 4 (Nürnberg) zu verbinden und für diesen erweiterten Gau einen Beamten anzustellen. — Odenthal geht in seinen Ausführungen auch auf das Verhältnis mit den Malern ein und betont, daß die mit Gipser- und Putzarbeit beschäftigten Personen nicht zum Maler-, sondern zum Stukkateurverband gehören. Redner macht ferner Vorschläge zur Entfaltung einer wirksamen Agitation, besonders die Agitation in den Wintermonaten müsse energischer betrieben werden. Jeder einzelne Kollege habe mitzuarbeiten, dann würden weitere Erfolge nicht ausbleiben. — Zu diesem Punkte liegen eine Reihe Anträge vor, die besondere Wünsche über die Gaueinteilung und die Rechte der Gaue ausprechen. Odenthal bittet, sämtliche Anträge abzulehnen. Die Diskussion hierüber wird bis zur Erledigung der Verschmelzungsfrage zurückgestellt.

Zur Beratung kommt nun der Punkt:

Angliederung an den Bauarbeiterverband.

Referent Odenthal betonte, die Entwicklung der Unternehmerorganisation im Baugewerbe bedinge den Zusammenschluß der Arbeiterorganisationen in diesem Gewerbe. Der Verband habe sich ja schon wiederholt mit der Gründung eines allgemeinen Bauarbeiterverbandes beschäftigt, und der Verbandstag in Ruffel (1909) habe ausdrücklich festgelegt, daß die Organisation für die Gründung eines Bauarbeiterverbandes eintritt. Damals habe man noch nicht gewußt, daß die Gründung so schnell vor sich gehe. Nun sei aber die Zeit gekommen, der Frage näher zu treten. Redner erörtert

die Gründe, die für die Angliederung an den Bauarbeiterverband sprechen, und bespricht dann die vom Verband auf einer Konferenz aufgestellten Verschmelzungsbedingungen, die dem Vorstand des Bauarbeiterverbandes vorgelegt wurden. In diesen Bedingungen wird die Errichtung besonderer Verfassungskommissionen gefordert, die das Recht haben, selbständige Forderungen an die Unternehmer zu stellen und deren Anerkennung, vorbehaltlich der Genehmigung des Hauptvorstandes, zu erlangen. Bei den Tarifabschlüssen sollen die örtlichen Sektionen Träger der Tarife sein. Diese Bedingungen hat der Bauarbeiterverband im Prinzip akzeptiert. Nicht aber die vierte Forderung, die verlangt: „Beschießt die Organisation der Stukkateure die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, so ist diese auch in der eventuellen Sektion der Stukkateure und Gipser innerhalb des Bauarbeiterverbandes durchzuführen.“ Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes hat dies abgelehnt, er hält es für unmöglich, daß innerhalb einer Verbandsorganisation die Pflichten und Rechte nach Mitgliederkategorien verschieden bemessen werden. Für eine allgemeine Durchführung der Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverband seien aber die notwendigen Grundlagen noch nicht geschaffen.

Odenthal betont zum Schluß, die Angliederung werde kommen, früher oder später, dazu dränge die wirtschaftliche Entwicklung. Es könne sich aber jetzt nicht darum handeln, zu beschließen, morgen überzutreten. Das Resultat der Verhandlungen solle den Mitgliedern unterbreitet werden, auf daß diese dazu Stellung nehmen.

In der Debatte nimmt zunächst der Vertreter des Bauarbeiterverbandes, Paeplov-Hamburg, das Wort, der außerordentlich wirkungsvoll die Notwendigkeit der Angliederung des Stukkateurverbandes an den Bauarbeiterverband zeigt. Die Organisationsform sei keine Prinzipienfrage, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Angliederung sei eine Frage der Zweckmäßigkeit und müsse losgelöst von Personen- und sonstigen Fragen sein. Das Vorgehen der Unternehmer bei Kämpfen, die große berufliche Verbindung der Stukkateure und Maurer mache die Angliederung zur Notwendigkeit. Diese großen Verzweigungspunkte — Putzarbeit machen Maurer und Stukkateure — brachten mancherlei Schwierigkeiten, die nur durch den Zusammenschluß zu einer Organisation beseitigt werden können. Beachtet müsse aber auch werden, daß die kleinen Organisationen unwirtschaftlich sind, es bleibt ihnen zu wenig Geld für Lohnkämpfe. Paeplov geht dann auf die gestellten Bedingungen ein und präzisiert nochmals den Standpunkt des Vorstandes des Deutschen Bauarbeiterverbandes, der auch schriftlich niedergelegt ist. Er betont zum Schluß, daß es im Interesse beider Teile liegt, eine einheitliche Organisation zu schaffen. Für die angestellten Beamten des Stukkateurverbandes würde man eine Tätigkeit im Bauarbeiterverband finden. Der Personenfrage solle man kein zu großes Gewicht beilegen und den Zweck im Auge behalten, eine große, lebensfähige Organisation zu schaffen, zum Schutz der Bauarbeiter gegenüber den Angriffen der Unternehmer und zur Eringung guter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für sämtliche Bauarbeiter. (Beifall.) Die Verhandlungen werden dann vertagt.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeit und Musik.

Rotto:

Rumpumpum, rumpumpum, schallen Trompeten, Dibelidibulum, dibelidibulum, klingen die Flöten! Und erst die Geigen, die in dem Reigen, Mit ihren Tönen, alles verschönen! Ach, ich bin zu verwöhnt, wenn die Musik ertönt, Oben die Hüfte sich, überall krabbelts mit!

So sang bekanntlich Ernestine Wegner zu ihrem weltbekanntesten Volker. So wird's vielleicht, wenn auch mit anderem Text, bald aus den Arbeitsstätten der Fabrikanten tönen. Ein moderner Unternehmer ist auf den Gedanken gekommen, seine Arbeiterinnen zum Takte der Musik ihre Arbeitsleistungen ausführen zu lassen.

Längst ist es in den westfälischen Zigarrenfabriken Sitte, daß einer der Arbeiter oder eine der Arbeiterinnen auf Kosten der sämtlichen Arbeiter die Zeitung vorliest. Es lebt dort ein getreuer Genosse, der das seit mehr als zwanzig Jahren verrichtet. Keine Nummer des „Vorwärts“, die dieser Genosse den Genossen und Genossinnen nicht von vorne bis hinten vorgelesen. Eine Leistung, vor der man den Hut abnehmen muß, denn der getreue Genosse hat nicht nur mit Verständnis vorgelesen, sondern dadurch für unsere Partei grandios und bahnbrechend gewirkt. Das war und ist eine von den Arbeitern selbst gewollte Arbeitsverfugung. Auch gibt es in jeder westfälischen Gegend Genossen und Genossinnen, die heimlich ihre geliebte Mundharmonika mit in die Fabrik genommen und in

seinen Bewegungen eine wohlthuende Leichtigkeit und Gewandtheit. Wie sind nun derartige Träume zu erklären? Es gibt da verschiedene Theorien. Freunde okkultistischer „Wissenschaft“ haben behauptet, daß die Flugträume nichts weiter sind als Darstellungen von Exkursionen, die der berühmte „Astralreisende“ wirklich macht. Der Franzose de Verme bemerkt dagegen, daß die Sensation des Fliegens während des Traumes ein rein physiologischer Vorgang sei. Man brauche gar nicht zu gewagten Hypothesen zu greifen, um für die Traumerscheinung eine befriedigende Erklärung zu finden. Diese Erklärung wird gegeben durch die besonderen Zustände, in denen der Organismus sich während des Schlafens befindet. Es handelt sich bei solchen Träumen einfach um Empfindungen, die ihren Ursprung in der Atmungsstätigkeit haben. Wenn wir ausgefesselt liegen und ruhen, heben und senken sich die Wände des Brustkastens, wodurch eine Anzahl Schwingungen und Schwankungen bewirkt wird. Der für die Flugträume charakteristische Eindruck, als ob man sich in der Luft hin und her bewege, wäre dann nichts weiter als eine „Objektivierung“ der Atmungsbewegungen. Daß die Atmungsstätigkeit bei den Flugträumen wirklich eine Hauptrolle spielt, ergibt sich schon daraus, daß man beim Erwachen eine mehr oder minder starke Brustbestimmtheit empfindet. Ein anderer Beweis für die Wichtigkeit dieser Theorie liegt darin, daß mit den Flugträumen sehr oft, besonders bei jungen Individuen, die Vorstellung von Treppenstufen verbunden ist. Das Treppensteigen, aufwärts und abwärts, ist aber eine der Haupttätigkeiten der Atmungs- und Herzstätigkeit, und das in ganz besonderer Weise bei Kindern, die nicht langsam zu gehen, sondern die Treppenstufen im Sturm zu nehmen pflegen.

Druck ohne Druckerwärze. Ueber ein derartiges Verfahren weiß das „Technikal World Magazine“ zu berichten. Es ist eine Erfindung, die ihr Entstehen dem Zufall verdankt. Bei elektrischen Experimenten drückte ein englischer Ingenieur die zufällig auf den Tisch gefallene Münze gegen das Papier, das auf metallischer Unterlage ausgebreitet war, und gleichzeitig gegen eine isolierte metallische Leitung. Er erhielt auf dem Papier einen braungefärbten Abdruck der Münze. Jetzt soll das Verfahren so weit fortgeschritten sein, daß seine technische Verwendung durchaus gesichert ist. Der Druck wird also das mit den verschiedenen Chemikalien bearbeitete und auf metallischer Unterlage rollende Papier in der Weise aufgetragen, daß durch den metallischen Schriftzug ein elektrischer Strom geleitet wird. Je nach der Art des Metalls, das als Unterlage dient, und je nach der chemischen Imprägnierung des Papiers kann eine beliebige Farbe erzielt werden, so daß diese Methode auch zur Reproduktion der farbigen Kunstwerke verwandt werden kann. Die Zusammenlegung der Stoffe, die zum Imprägnieren dienen, bildet vorläufig das Geheimnis des Erfinders, doch soll die Zubereitung des Papiers außerordentlich billig sein. Sollten diese Angaben der englischen Zeitschrift stimmen, dann werden wir von dieser Erfindung recht bald mehr zu hören bekommen.

den länglichen Arbeitspausen, oder auch wohl mal (wenn der Aufseher in genügender Entfernung weilte) während der Arbeitszeit, solo oder unisono, die arbeitende Genossenschaft mit fröhlichen, oder dem Geist jener Länderstriche entsprechenden schwermetallig-sentimentalen Melodien erquickt. Heimlich, ganz heimlich! Kam das zur Kenntnis der Fabrikleitungen, so wurde es unerbittlich bestraft. Und das soll auch heute noch so sein.

Nun wird das mit einem Schläge anders! Das Kapital hat plötzlich den Wert der Musik, der billig zu beschaffenden geschäftsvorteilhaft wirkenden Musik erkannt. Nicht, um ihren Arbeitern bei schwerer Arbeit eine vergnügliche Ablenkung zu geben, nicht, um herauszufinden, ob sich vielleicht hervorragend musikalisch veranlagte Seelen unter den Arbeitsmäßig befinden, sondern um den Arbeitgeberjüdel sicherer zu fassen, um die letzte Arbeitsmöglichkeit aus den noch auspowerungsfähigen Körpern zu saugen, sind sie auf die Freigabe, respektive Selbstlieferung der Musik während der Arbeitszeit gekommen, die bisher noch ungeahnte Arbeitsleistungen zeitigen soll. Was nachdem aus den vollständig ausgemergelten Individuen wird, nach welchem Takte sie sterben, scheidet die Fabrikleitungen nicht, spielt bei ihnen keine Rolle. Wer an diesen Ausführungen zweifelt, der lese, was die neueste „Phonographische Zeitschrift“ darüber mitteilt. Sie schreibt: „Musik in Arbeitsstätten.“

Nach dem Grundsatze, daß die Soldaten im Kriege durch die Musik angeregt und angefeuert werden, hat eine Firma in den südlichen Vereinigten Staaten den Versuch gemacht, ihren Arbeitern die erschlaffende Eintönigkeit der Fabrikarbeit durch Musik zu erleichtern. Der Versuch wurde in einem Frauenarbeitslokal mit Hilfe eines Phonographen gemacht, und diese kleinen Konzerte während der Arbeitszeit sollen einen durchaus günstigen Einfluß auf die Arbeitsleistungen gehabt haben, so daß die Firma mit der Absicht umgeht, in einer oder anderer Art diese Methode der geistigen Erfrischung zu einer ständigen Einrichtung zu machen.

Die Musik als Antreiberin, das hätte wohl ehedem niemand für möglich gehalten. Das zu schaffen, blieb unserer, die Arbeitskraft raffiniert bis auf das letzte Quentchen ausbeutenden Zeitperiode vorbehalten.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Sächser Kreis, 7. Abteilung. Heute Kinderfest im „Waldkater“, Zogeler Weg. Gäste willkommen. Anfang 8 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Prozeß der Witwe Herrmann.

Der Zivilprozeß der Witwe des von Polizeibeamten erschlagenen Arbeiters Herrmann gegen den preussischen Fiskus und den Polizeipräsidenten von Berlin sollte gestern vor der Zivilkammer III des Amtsgerichts Berlin-Mitte zur Entscheidung kommen. Der Vertreter des Beklagten, Rechtsanwalt Schumacher, beantragte jedoch Vertagung, da er die Akten des Moabiters Strafprozesses noch nicht kenne. — Dem Gericht waren diese Akten erst am Dienstagabend zugegangen. — Der Vertreter der Klägerin, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, erhob Widerspruch gegen die Vertagung, mit der Begründung, daß die Akten dem Beklagten selbst lange genug vorgelegen hätten, und der Polizeipräsident sich auch ausführlich dazu geäußert und seine Erklärungen schriftlich niedergelegt habe. Zudem liege es im Interesse der Klägerin, die ja ihres Ernährers beraubt wurde, daß die Sache beschleunigt werde.

Gleichwohl wurde der Prozeß vertagt. Der neue Termin wurde auf den 5. August, vormittags 10 Uhr, festgesetzt.

Empörung muß nicht nur die Witwe darüber erfassen, daß die Mörder oder Totschläger ihres Mannes noch immer nicht unter Anklage gestellt sind. Welcher erstlich denkende Mensch wird nicht von demselben Gefühle befeuert? Ein engbegrenzter Kreis ist es, in dem die Schuldigen zu suchen sind. Und dieselbe Polizei, die ganze Kolonnen bewaffneter Mannschaften aussendet, wenn es sich um Verfolgung von Straßenpolizeiübertretungen, um etwaige Ueberschreitungen des Koalitionsrechts, um vermeintlich gesetzwidrig stattfindende Versammlungen Jugendlicher, um „Uebertretungen“ einer Zeitungsverkäuferin oder dergleichen Lappalien handelt, ist ohnmächtig, wenn es sich um die Verfolgung eines Kapital-

Humor und Satire.

Mecklenburg.

„Mein Volk! —“ so tönt es von dem Thron, „hier hast du die Konstitution!“ — Die Junter und die Ritter empfinden dieses bitter.

Sie hörten das Kommuniqué, und brannen drauf, und sagten: „Ne! — Was sollen wir mit Wahlen? Wir herrschen, und die zahlen!“

Denn dieser mecklenburgische Herrsch ist Souverän, und er beherrscht die Dänen und die Aechte, doch nicht die starre Rechte.

Im Gegenteil: sie zwickelt ihn — (ganz ähnlich so, wie in Berlin) — es hilft nichts: sie regieren, er darf repräsentieren.

Die Bürgerchaft? — hat keine Zeit, sie hat die Reuterfestlichkeit — man feiert (wie bei Fahnen) mit Kränzen und mit Fahnen.

So geht es seinen alten Trott; und ist die Wirtschaft mal bankrott, so laufs der Ruff am Endchen — — es ist ein liebes Ländchen! — Kurt.

Notizen.

— Musikchronik. Eine neue Oper Heinrich Heines „Piqueur“, Dichtung nach Maxim Gorki, wird in der kommenden Saison ihre Uraufführung an der Hofoper in Stuttgart erleben.

— Eine Versicherung gegen Regen. Den Landwirten, die in diesen Monaten der Ernte so sehr auf die Günst des Himmels und des Wetters angewiesen sind, will eine eigenartige Neuerung zu Hilfe kommen, die eine englische Versicherungsgesellschaft einführt. Sie hat Versicherungspolice gegen Regen geschaffen. Vier verschiedene Polices sind es, die sie zur Auswahl vorlegt: Die „Pluvius-Police“ A, die in Kraft tritt, wenn der Regen länger als zwei Tage andauert, wobei eine Regemenge von 1—5 Zoll für jeden Tag angenommen wird, dann die „Pluvius-Police“ B, die an allen Tagen in Kraft tritt, in denen die Regemenge die Höhe von 0,125 Zentimeter übersteigt, zuletzt die beiden Pluvius-Polices O und D, die für alle Fälle gelten sollen, in denen ungewöhnliche Regemengen niedergehen.

Kleines feuilleton.

Wie man in alter Zeit die Raucher bestrafte. In Italien ist gegenwärtig eine große Propaganda im Gange, die sich gegen das Rauchen wendet und das Volk über die Gefahren des Nikotins aufklären will. In diesem Zusammenhang erinnert der „Kantoni“ an die Fruchtlosigkeit ähnlicher Bemühungen in der Vergangenheit; in alter Zeit setzten doch sogar Staat und Gesetz ihre ganze Macht im Kampfe gegen den Tabak ein, um schließlich doch nachgeben zu müssen. In Persien wurde in früheren Jahrhunderten das Tabakrauchen mit dem Tode oder mit Abschneiden der Nase bestraft, und ein gleiches Gesetz führte Zar Michael Fedorowitsch 1613 in Rußland ein. Zehn Jahre später folgte auch Sultan Murad IV. dem Beispiel des Jaren und verbot den Tabak in der Türkei. Der Senat der Stadt Wien zählte das Tabakrauchen im Jahre 1660 zu den schwersten Verbrechen, und in anderen Staaten wurden Anhänger des damals noch neuen Lasters öffentlich ausgepeitscht. In England erließ Jakob I. ein strenges Gesetz gegen den Tabak, aber das britische Parlament ging noch weiter, als es Maghaff, der den Tabak dort eingeführt hatte, zum Tode verurteilte. Doch nicht allein die Fürsten und Parlamente eiferten gegen das Rauchen; auch die Kirche und das Papsttum setzten ihre ganze Macht dafür ein, das Tabakrauchen zu unterdrücken. Papst Urban VIII. mußte am 8. Januar 1642 dem Erzbischof von Sevilla unter Androhung der Exkommunikation den Tabak verbieten, und Innocenz XI. dehnte dieses Verbot auf Rom aus und drohte allen tabakrauchenden Geistlichen mit Suspension vom Amte und 25 Dukaten Strafe. Aber alles war umsonst, 1725 mußte auch der Papst vor dem Tabak kapitulieren, und am 10. Januar dieses Jahres hob Benedikt XIII. in einem Edikt die früheren Bestimmungen auf, damit die Gläubigen nicht mehr das unwürdige Schauspiel genießen könnten, tabakrauchende Würdenträger alle Augenblicke aus der Kirche eilen zu sehen, um in irgendeinem Nebengemache heimlich ein paar Züge zu schmacken.

Das Fliegen im Traume. Jedermann weiß, daß zu den besonders häufig — zumal im jugendlichen Alter — vorkommenden Träumen die gebären, in denen der Schlafende sich in die Lüfte zu erheben und zu fliegen glaubt. Die Träume dieser Art haben die Menschen schon in alten Zeiten lebhaft beschäftigt, man findet sie u. a. bei Cicero und in den Schriften des Kirchenlehrers Hieronymus erwähnt. Es sind Träume, die auf den Menschen einen so starken Eindruck machen, daß er nach dem Erwachen eine Zeitlang die Empfindung hat, als ob er wirklich geflogen wäre. Im Traume — so schreibt Professor Havelock Ellis im „Atlantid Monthly“ — hat der Schlafende fast nie die Illusion, daß er sich zu großen Höhen erhebe, sondern immer nur in geringen Entfernungen über den Boden schwebt und sozusagen sprungweise fliegt; er fühlt in

verbrechen, dem das Leben eines Arbeiters zum Opfer gefallen ist, handelt!

Und selbst den so berechtigten Schadenersatzsprüchen der Witwe kann der Anwalt des zum Ertrag Verpflichteten eine Einrede entgegenlegen, die die Wirkung einer Verschleppung des Zivilprozesses hat, an der das Zivilgericht unschuldig ist. Der Erschlagene war ein Arbeiter, die Witwe eine bedürftige Arbeiterin — liegt hierin des Ruffels Lösung, weshalb die Justiz so ungemein langsam in diesem Falle arbeitet? Am 12. September tritt in Dresden der zweite Deutsche Richtertag zusammen, dessen Mitglieder zum Teil lebhaft die Existenz einer Klassenjustiz bestritten. Wir empfehlen den Herren als Thema ihrer Beratung die Erforschung der Gründe, weshalb die Justiz so unendlich langsam in dem Fall vorgeht, in dem es sich um Bestrafung der an dem Tode des Arbeiters schuldigen Polizeibeamten handelt. Vielleicht geht dann selbst ihnen das Verständnis für Klassenjustiz auf.

Wegen eines schweren Verbrechens gegen die Sittlichkeit

wurde gestern der Schuhmachermeister Gustav Wehbach zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren verurteilt. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit hatte die 10. Strafkammer des Landgerichts I gegen Wehbach eine Anklage zu verhandeln, wie sie glücklicherweise nur selten die Strafrichter beschäftigt. Der Angeklagte wurde beschuldigt, seit mehreren Jahren mit seinen jezt 17 bezw. 15-jährigen Töchtern Beziehungen unterhalten zu haben, die nach § 178.1 des Strafgesetzes mit Zuchthausstrafe bedroht sind. — Das Gericht hielt den Angeklagten, der hartnäckig leugnete, nach längerer Beweisaufnahme für überführt und erkannte, wie erwähnt, auf drei Jahre Zuchthaus bei sofortiger Verhaftung.

Ein Leutnant wegen versuchter Mordthat verurteilt.

Der Dragonerleutnant Freiherr von Gumpenberg, der im Dezember 1910 vom Divisionsgericht der Berliner Kommandantur wegen versuchter Mordthat zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, wurde gestern vom Oberkriegsgericht der Berliner Kommandantur zu derselben Strafe unter Abrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Die Berufung des Gerichtsherrn und des Angeklagten wurde verworfen. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit unter völliger Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Bei Verkündung des Urteils in öffentlicher Sitzung bemerkte der Verhandlungsleiter: Der Gerichtshof hat angesichts des Verhaltens des Angeklagten bei der Tat keinen Zweifel an der vollen Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten gehabt und durch die Beweisaufnahme die Ueberezeugung erlangt, daß der Angeklagte im vollen Umfange der Anklage schuldig ist.

Der Adlershofer Urteilsbrief.

Im März beteiligten sich bekanntlich unsere Genossen in Adlershof zum erstenmal an den Gemeindevahlen zur zweiten Abteilung. Am Tage vor der Wahl erschien im „Adlershofer Tageblatt“, einem „unparteiischen“ Blättchen, das leider noch von sehr vielen Arbeitern gelesen wird, ein „Eingelands“, in dem folgende Stellen mit Bezug auf die Sozialdemokratie zu finden waren.

„Jeder von uns weiß, was wir zu erwarten hätten, wenn Begehrlichkeit, Frechheit und Unverschämtheit am Steuer lägen. Hannibal ante portas!“

„Der Feind steht vor den Toren!“

„Jerusalem, daß du verdirbst, ist deine eigene Schuld!“

Unterzeichnet war diese Subdel mit „Urias“. Dieser „Uriasbrief“ wurde sofort in kräftiger Weise durch ein Flugblatt von sozialdemokratischer Seite beantwortet. Bei der Wahl selbst hatten sich außerdem einige der Herren Gegner Dinge zu Schulden kommen lassen, die hart an die Gepflogenheiten des Reichswahrheitsverbandes heranreichten. Unsere Genossen fühlten sich verpflichtet, diese Vorgänge der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Der Wahlverein berief am 10. April dieses Jahres eine öffentliche Volksversammlung vermittelst Handzettel und Plakate ein, auf denen folgender Schlußsatz zu finden war:

„Es gilt die Wahrheitsliebe und Ehrlichkeit, die Achtung vor dem politischen Gegner, soweit sie durch die Herren Suppas, Luge, Stadelhoff und andere „Urias“ vertreten wird, zu kennzeichnen.“

Durch diesen Satz fühlte sich Lehrer Suppas beleidigt und erhob gegen den Genossen Klotz als Einberufer die Klage, nachdem er vorher vergebens versucht hatte, die polizeilich gestempelten Plakate von den Anschlagstulen entfernen zu lassen.

In der Verhandlung am Dienstag beantragte der Verteidiger des Genossen Klotz, Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, die Verlesung des „Uriasbriefes“ und unseres Abwehrflugblattes. Das Gericht stimmte zu.

Nach kurzer Beratung wurde der Angeklagte dem Antrage des Verteidigers entsprechend freigesprochen. In der Begründung hieß es: Beide Schriften enthalten unzweifelhaft sehr scharfe Angriffe. Sie seien aber in der Erregung und im politischen Kampfe geflossen. Außerdem sei in Betracht zu ziehen, daß der „Uriasbrief“ anonym gezeichnet war, während der Angeklagte das Abwehrflugblatt mit seinem vollen Namen unterzeichnet hat. Es sei auch nicht festzustellen, daß der Angeklagte den Kläger persönlich beleidigen wollte, deshalb mußte der Angeklagte freigesprochen werden.

Gompers über die Verhältnisse in Europa und Amerika. *)

Von Friedrich Kummer.

IV.

Nicht ganz uninteressant für den europäischen Arbeiter mag es sein zu vernennen, was der Präsident der American Federation of Labor auf seinem Gang durch die soziale und gesellschaftliche Sphäre der alten Welt gesehen hat. Zwar könnten diese kritischen Betrachtungen zum guten Teil hier übergegangen werden, weil sie den Lesern dieser Zeitung, sozialdemokratische Arbeiter, nichts Neues bringen. Wenn sie aber dennoch hier erwähnt werden, so nur wegen ihrer Einseitigkeit; ihre Ausführung bietet Gelegenheit, hier und da die entsprechenden Zustände des Dollarkontinents zu beleuchten, sie darzustellen, wie sie auf den gewöhnlichen Lohnarbeiter wirken, eine Pflicht, zu deren Erfüllung Gompers, wie es scheint, nicht durch ein Joch Dämon zu bringen ist. Hätte Gompers nicht auch hier seinen Nationalstolz überall herausgeschleudert, den Interessen des Proletariats dies- und jenseits des Ozeans wäre besser gebient gewesen.

Im alten Europa existieren, es ist überflüssig zu sagen, eine Unzahl Mißstände, die nicht scharf genug verdammt werden können. Doch aber Amerika davon vollständig befreit sei, wird nur ein Ignorant behaupten. Gompers Auge scheint in der Fremde kritischer zu sein als daheim. Und wenn dem so wäre, so ließe sich auch leicht eine Erklärung dafür finden, denn im allgemeinen fühlte der Einheimische die Uebel nicht in gleich starkem Maße als der Fremde, zum ersten, weil er sich daran gewöhnt hat, und zum andern, weil er sie als ständige Leiden zu umgehen weiß.

Gompers wendet sich mit vielen Worten gegen das Trinkgeld. Hierin hätte er noch recht, auch wenn er einen viel schärferen Ton und ronzigeren Spott gebraucht hätte. Zwar hat der Reisende in Amerika auch gehörig darunter zu leiden; immer-

Von der „Hülfskunst“.

Wegen Betruges und wegen Uebertretung der Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Hannover, welche präherliche Anklagen nicht approbierter Heilkundiger verbietet, war ein Herr Tim von der Strafkammer in Hannover verurteilt worden. Infolge eines Inserats, welches Behandlung von Haarschwund durch Lichteinwirkung ankündigte, waren Personen mit starken Klagen zu ihm gekommen. In dem einen Falle erklärte er nach Untersuchung des Haarbodens mit der Lupe, der Herr werde sein Haar wieder bekommen. Die Kur half nichts. Der Patient sollte sie fortsetzen. Er weigerte sich aber und verlangte die bezahlte Honorarsumme zurück, mußte aber zu diesem Zweck erst den Klageweg beschreiten. In diesem Falle bedeuteten Sachverständige: Es gebe zwei Arten von Klagen beziehungsweise Kahlköpfigkeit. Einmal die sogenannte Glage mit nur einem Quarkorn im Nacken, und dann Haarausfall, wo nur stellenweise Kahlheit entsteht. Die Behandlung der eigentlichen Kahlköpfigkeit (Gloge) mittels Bestrahlung durch Eisen- und Quecksilberlicht aus einer Lampe nütze nichts und bei nur stellenweisem Haarschwund sei der Erfolg nicht ganz ausgeschlossen. Das Landgericht nahm Bezug an, indem es davon ausging, daß der Angeklagte gewohnt hätte, die Kopfmasse mittels Licht nütze hier nichts.

Die Uebertretung der erwähnten hannoverschen Polizeiverordnung wurde angenommen, weil Angeklagter in einem andern Inserat Wert hinschreibende Wirkungen beigelegt habe.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz belieh es in einer kürzlich ergangenen Entscheidung bei diesem Urteil, indem es ausführte, daß es ohne Rechtsirrtum ergangen sei. Insbesondere seien auch ohne Rechtsirrtum die Tatbestandsmerkmale des Betruges festgesetzt.

Göttliche Weltordnung.

Vor dem Schöffengericht in Köln stand ein alter Mann unter der Anklage, sich kein Unterkommen verschafft zu haben. Der Mann erklärte: „Ich lasse mich nicht bestrafen; ich beziehe nur 17,50 M. Armenunterstützung von der Stadt, und davon kann ich nicht einen Monat leben und mir auch noch eine Wohnung beschaffen.“ — „Wenn wir nun die Strafe für verbüßt erklären?“ meinte der Vorsitzende. „Das kann mir nichts nützen,“ erwiderte der Alte, „denn ich habe doch kein Geld.“

Das Gericht verurteilte den Mann zu einer Woche Haft, die nicht für verbüßt erklärt wurde, obwohl der Alte — vermutlich das Bierfach der Strafe — in Vorhaft gefessen hat. Das Gericht hat den Wunsch des Mannes erfüllt, damit aber zugleich ein schweres Unrecht, ein Unrecht an der Menschewürde, begangen. Es hat einem Menschen die Freiheit entzogen, die allerdings dank unerer verrotteten Gesellschaftsordnung für diesen wertlos war. Das Gefängnis als Zuchtstätte der Armen ist ja nichts Neues in dem Lande der gefüllten Kompostkessel. Eben erst hat die von einer Zentrumsmehrheit beherrschte Stadt Köln 100 000 Mark für einen fünfständigen Kaiserbesuch vergewendet, und ebenfalls vor einigen Wochen hat sie 80 000 Mark für das rheinische Sängerbundesfest bewilligt.

Versammlungen.

Vierter Wahlkreis.

Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag eine Generalsammlung ab, die den großen Konfessionsaal in der Andreasstraße bis auf den letzten Stieplach füllte. Auf der Tagesordnung stand die Aufstellung der Kandidaten zur Neuwahl des Vorstandes, die infolge der Amtsniederlegung der Reichheit der Vorstandsmitglieder notwendig geworden ist. Die Vorgänge, die hierbei zugrunde liegen, waren bereits in mehreren Kreisversammlungen sowie in den Jahrsendungen ziemlich ausführlich besprochen worden, so daß die Mitglieder im voraus unterrichtet waren. Gleichwohl beschloß die Versammlung, daß die Vertreter der beiden Parteien, die sich im Vorstand gebildet hatten, hier nochmals ihren Standpunkt darlegen sollten. Es fand dann eine lebhafte Aussprache statt, und es wurden Resolutionen vorgebracht, die über die Sache entscheiden sollten. Die Versammlung verzichtete jedoch auf die Abstimmung darüber, da die Neuwahl des Vorstandes, die am Sonntagvormittag von 9—1 Uhr durch Urtwahl stattfinden, die Entscheidung der Mitglieder mit sich bringen wird.

Aus aller Welt.

Hamburgische Hilfsbereitschaft gegenüber Schiffbrüchigen.

Sonntag, den 9. Juli, ist in der Nordsee der Dampfer „Eibing VIII“ untergegangen, nur drei Mann von der dreizehn Köpfe zählenden Besatzung vermochten gerettet zu werden und wurden von dem Hamburger Dampfer „Portia“ nach Hamburg gebracht. Während die Geretteten, Bootsmann Krahnke, Koch Bremert und Matrose Wohlgemut, von der Hilfsbereitschaft und Liebenswürdigkeit der Mannschaft der „Portia“ des Lobes voll sind, schildern sie in einem in der „Eibinger Zeitung“ veröffentlichten Artikel ihre Aufnahme in Hamburg als „wenig gastfrei“.

Wir wurden vom Hafenwachdienst zum Seeamt, vom Seeamt zum Seemannshaus geführt, niemand wollte uns aufnehmen und niemand uns Unterstützung zu teil werden lassen. Schließlich wurden wir im Armenasyl bei mangelhafter Kost

hin so allgemein wie in Europa ist diese Pest in Amerika noch nicht. In Europa ist sie nachgerade unerträglich geworden, vor allem in den Orten, wo die Menschen aus dem Dollarkontinent das Volk mit ihren schmutzigen Dollargeldstücken fortrumpelt haben.

Die europäischen Eisenbahnen verdienen wahrhaftig wenig Lob, aber sie so weit unter die amerikanischen zu rangieren, wie es Gompers tut, ist entschieden nicht recht. Allerdings ist ihm zugute zu halten, daß er im Lande mit dem lebendigen Zeichen der Demokratie (die eine Wagenklasse) mehr im Vorkommen fährt als, sagen wir, in einem Einwohnerviertel, und dadurch eine bessere Meinung von den Transportmitteln seines Landes bekommen muß. Das europäische Eisenbahnnetz muß gewiß von jedem Amerikaner beinahe in jeder Hinsicht als ein Beispiel für: wie es nicht gemacht werden darf, angesehen werden, ausgenommen, daß es einen schließlich an seine Verhüllung bringt. Einer der allergeringsten Nachteile ist die Beschaffung der Zugführer oder Schaffner. Das ganze System, verkehrt begonnen, ist auch weiterhin verkehrt beibehalten worden.

Die Abwesenheit des Trinkwassers in den Jügen und des kostenfreien Transportes des Reisegepäcks fühlte die Europäer ebenso wie der Nichteuropäer. Wäre Erfahrung — oder schlechter Verstand — spricht aus folgenden Sätzen: Die viel besprochenen niedrigen Fahrpreise der europäischen Eisenbahnen beziehen sich nur auf Reisen dritter Klasse und ohne Gepäck und ohne die Kleinlichen Gebühren und Triebgeber zu zahlen, die aus den Reisenden gequält werden. Die Billette erster Klasse kosten gerade doppelt so viel als die unserer Erpreßzüge, gewöhnliche Wagen. Schnellzüge irgendwelcher Art sind in den meisten (europäischen) Ländern selten! Da muß Gompers in der Tat sehr billig in Amerika fahren, denn ich habe drüber in den ordinarsten Jügen 5 bis 8 Pf. pro Kilometer zahlen müssen.

Bei der Abreise von München hatte Gompers großes Mitleid: er fand keinen Platz im Zug. Da kann er eigentlich noch von Glück sagen, daß dies ihm hier nur einmal passiert ist; wir sind dergleichen drüber öfters vor, auf der Straßendahn nach mehr als auf der Eisenbahn. Mit leichtem Spott erzählt er, wie seine Reisegefellenschaft mit Pakettarten zweiter Klasse in die erste Klasse einstieg und mit einem Markstück den Blick des Schaffners von der Postkarte weckte. Sein Jöhn darüber ist vollständig

untergebracht. Auch dort hegte man gegen uns schwere Bedenken. Die erste Anfr je an uns kommenden war: „Haben Sie auch Ungeziefer?“ Um die Befestigung etwas aufzubessern, blieb Bremert nur übrig, seinen Ring zu versetzen; der Ring war das einzige, was er bei dem Untergang des Schiffes zu retten vermocht hatte. Auf ein Telegramm traf aus Königsberg eine Anweisung von 50 Mark von Bremerts Frau ein und auf ein weiteres Telegramm sandte die Schiffbau-Werke in Eibing umgesäumt 120 M. Reisegeld. Für die Heimreise wollten die Hamburger Behörden und Schiffbrüchigen nicht einmal Ausweispasspapiere ausstellen; dagegen boten sie uns 50 Pf. Fahrgehalt für die Heimreise an, die dankend abgelehnt wurden. Wir hatten und von der Hamburger Hilfsbereitschaft Schiffbrüchigen gegenüber eine andere Vorstellung gemacht. Hätten wir das gewußt, dann wären wir in Brunsbüttel ausgeflogen und hätten die Hilfe der dortigen Schiffbau-Agentur in Anspruch genommen.“

Um das — gelinde gesagt — merkwürdige Verfahren der in Betracht kommenden Behörden in ein besseres Licht zu rücken und es weniger schuldhaft erscheinen zu lassen, nimmt die Polizeibehörde Hamburgs ein „Berichtigungsverfahren“ vor, in dem als Hauptinhaber der Say enthalten ist: „Es war — als die Schiffbrüchigen sich an die Behörde wandten — kurz vor Bureau schluß.“ Die Leute hätten an das Seemannshaus oder Seemannshaus verwiesen werden müssen. Es sei Vorsorge getroffen, daß Seeleute in ähnlichen Fällen künftig auf das Seemannshaus und das Seemannshaus ausdrücklich aufmerksam gemacht werden.

Offentlich wird in dieser Instruktion auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch kurz vor Bureau schluß solche Anweisungen zu erfolgen haben. Man vergleiche mit dieser Behandlung schiffbrüchiger Seesklaven die splendide Behandlung auswärtiger prominenter oder gar „hoher“ und „höchster“ Personen in Hamburg, das bei solchen Gelegenheiten seinen gastfreien Ruf neu zu befestigen weiß. Dann spielen Jöhn, ja Hunderttausende keine Rolle.

Unfälle auf dem Wasser.

Bei einer Bootsfahrt, die fünf unterheiratete Kellner des Kurhauses Zippendorf Mittwoch früh auf dem Schweriner See unternahmen, kenterte das Boot. Die fünf Insassen fielen ins Wasser. Einer konnte sich durch Schwimmen retten, ein zweiter wurde noch rechtzeitig herausgeholt, während die Kellner Jagen, Stueber und Salzer ertranken. — Das Kurhaus Zippendorf liegt an der Südküste des Schweriner Sees, eine Stunde von Schwerin.

Ein weiterer schwerer Unfall wird aus Weizheim (Württemberg) gemeldet. Der zehnjährige Sohn des Hauptmanns Freiherrn Albert von Hügel verlor beim Baden im Ebnisee den Boden unter den Füßen und versank. Seine Mutter und ein Dienstmädchen, die den Knaben zu retten versuchten, blieben gleichfalls das Leben ein. Die drei Leichen wurden später geborgen.

Kleine Notizen.

80 Gebäude verbrannt. Aus Posen meldet ein Telegramm: Das Dorf Chwalowo bei Kions ist vollständig eingeäschert. Es sind 31 Wirtschaften mit etwa 80 Gebäuden, Scheunen und Ställen verbrannt. Vermutlich liegt Brandstiftung vor.

Venedig ohne Wasser. Das die Lagune durchquerende Hauptrohr der Wasserleitung von Venedig ist geplatzt. Man nimmt an, daß die Stadt Venedig etwa zwei Wochen lang ohne regelmäßige Zufuhr von Süßwasser bleiben wird. Vorläufig hat man einen Notdienst mit Zisternen und Zisternenwagen eingerichtet.

Diebstahl von Waren. Große Unterschleife wurden in Mainz in einem Warenhaus entdeckt. Eine große Anzahl von Verkaufserlösen soll Waren im Werte von mehreren tausend Mark beiseite geschafft haben. Gestern morgen wurden sechzehn Verkäuferinnen durch die Kriminalpolizei festgenommen.

Die Cholera. In Triest wurde der mit zweihundert Passagieren aus Brindisi eingetroffene Lloyd-Dampfer „Gemersani“ in Quarantäne gestellt, da an Bord ein Kellner unter Choleraerkrankungen erkrankt ist. — In Konstantinopel sind gestern zwei neue Cholerafälle konstatiert worden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, vom vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabend, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Schreiben und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommenscheinung beiliegend ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. — G. S. 27. Wenden Sie sich an den Vorsitzenden des Arbeiter-Stenographenbundes, Herrn H. Knecht, Nauystr. 70. — G. S. 101. Sie können einige Adressen von uns erhalten. Vormittags 9—12 Uhr. — 35 Nitzdorf. Der Verband ist den Gemeindevorständen angeschlossen. Wenden Sie sich an das Vorstandsbureau, Engelstr. 15. — G. S. 2. Oberste Alpen, Alpengebirge, Johann der Schwarzbad. — G. S. 3006. Zeitweilig (d. h. für die nächste Zeit) untauglich. — G. S. 85. Reklamt 4. — G. S. 33. 1. Verpflichtung bezieht nicht bei dringenden Fällen wird, wenn irgend möglich, dem Wunsch entsprochen. 2. Ist mit beträchtlichen Kosten verknüpft; die jeweiligen Einkommensverhältnisse werden zunächst berücksichtigt.

am Plage, denn so billig tun es die amerikanischen Wohnbeamten nicht. Ueberhaupt, wenn das, was er von der Beschaffenheit der europäischen Beamten sagt, alles wahr ist, dann braucht Europa wahrhaftig kein halbes Jahrhundert mehr, und es hat den nämlichen Höhegrad der Korruption erreicht wie das Land, wo der „große amerikanische Handelslag“ zum Spritzenboot geworden ist.

Wir übergeben, was unser Student der europäischen Verhältnisse über den Mangel an Badeeinrichtungen in den Arbeiterhäusern sagt, womit er vollständig recht hat; wir übergeben auch die recht abfällige Kritik der Wasserleitungen unserer Städte, womit er vollständig im Unrecht ist, denn die schlechtesten Wasserleitungen einer unserer Großstädte ist irgendeiner amerikanischen Großstadt, sagen wir der Pittsburgs — ein veritables Transportmittel für Lehm und Sand — himmelweit überlegen.

Wir wenden uns dem Kapitel zu, wo von den unterdrückten Klassen in Europa gesprochen wird. Es ist wohlwendig zu sehen, welche scharfe Auge Gompers hat, wenn er den Hochmut der Privilegierten, den Rastendünkel, die Eitelkeit, den Byzantinismus und den Untertanensinn gewisser Gesellschaftskreise betrachtet. Die Letztäre dieser Sätze läßt einen fast meinen, sie seien einer sozialdemokratischen Zeitung entnommen. Diese scharfe Kritik ist vollständig berechtigt. War aber auch Verurteilung vorhanden, die Sache mit der wegwerfenden Geste des Phariseers zu behandeln? Steht es darin in Amerika viel besser? Es könnte fast scheinen, als ob auch auf Gompers Thom's Wort zuträfe, daß die America ihrer ihr eigenes Land nicht kennen.

„Ich war Zeuge eines Vorfalls, wo zwei anscheinend aussehende Frauen mit einem Kind von einem hoffärtigen und herrischen Mann gehindert wurden, in einen Wagen zweiter Klasse einzutreten, obwohl sie sich wegen der Einnahme der letzten Plätze im Abteil entschuldigten. „Das sind Dienstmädchen“, sagte er, als ob sie Tiere wären, die haben kein Recht, bei uns zu sitzen.“ Wenn sich dieser Vorgang richtig so zugetragen hat, dann hätte dem frechen Lummel eine empfindliche Lektion gehört, eine ebenso kräftige Tracht Prügel wie jenen, unter der „Sonne der Gerechtigkeit und Menschlichkeit“ gedehnten Gentlemen, die Regier mit Fuchstritten regelieren, wenn sie sich in das Eisenbahnabteil oder die Toilette der Weichen verirren.

*) Siehe „Vorwärts“ Nr. 145, 151, 164.

Todes-Anzeigen

Allen Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, das am 18. Juli mein lieber Mann, unser guter Vater, der Metallarbeiter August Quadt nach langen Leiden verschieden ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, das unser Mitglied, der Metallarbeiter August Quadt gestorben ist.

Allen Freunden und Bekannten, Genossen und Genossinnen die traurige Mitteilung, das meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwägerin Elisabeth Reck geb. Glemnitz am Dienstag früh um 7 1/2 Uhr nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Frankfurt Viertel. Bezirk 202. Den Mitgliedern zur Nachricht, das unsere Genossin, Frau Elisabeth Reck gestorben ist.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, das am Dienstag, den 18. Juli, nachmittags 6 1/2 Uhr, mein innigst geliebter Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schneider Karl Gräbenitz im 62. Lebensjahre plötzlich am Herzschlag entschlafen ist.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Köpenicker Viertel. Bezirk 207 II. Den Mitgliedern zur Nachricht, das unsere Genossin, Frau Marie Schopplick gestorben ist.

Am Sonntagabend 7 1/2 Uhr entschlief sanft nach zweitägigem Krankenlager mein guter Mann, unser innigst geliebter Vater, der Restaurateur Gustav Schulze (Wiener Straße 65) im 40. Lebensjahre.

Am 18. Juli entzog mir der unerwartliche Tod meinen lieben Mann und Vater, den Tabakfabrikanten Paul Keil im 26. Lebensjahre.

Sozialdemokratischer Kreiswahlverein Niederbarnim Bezirk Lichtenberg. Den Genossen zur Nachricht, das unser Mitglied Otto Maetschke am 18. Juli gestorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Den Mitgliedern zur Nachricht, das unser Kollege, der Polierer Otto Maetschke am 18. Juli gestorben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Arbeitnachricht: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Col III. Amt 3, 1987. Sonnabend, den 22. Juli, abends 12 Uhr: Allgemeine Versammlung der Kino-Operateure im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Verband der Sattler und Portefeutler. Ortsverwaltung Berlin. Am Sonntag, den 16. Juli, verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Portefeutler Paul Damm.

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden Dr. Popke, Rosenthaler Str. 70, Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3. Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Die Geburt eines Knaben setzt sich hiermit an 102/10 Berlin, den 18. Juli Leo Cohn und Frau Hedwig geb. Singer. Großes Würstkegeln am 25. Juli, Schreinerstr. 61. Krämer.

Achtung! Sumatra-Umblatt vierter Länge Packblatt, äußerst ergiebig und flott braunrot, pro Pfund M. 1,80. Hamburger Rohtabak-Haus, Filiale: Berlin N. Brannan-Strasse 25.

Pollmanns Bandagen-Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummivaren etc. Berlin N., Lotharinger Str. 60. Lieferant für Krankenkassen eigene Werkstatt. Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, u. r. Mariannen-Strasse 2.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 20. Juli. Anfang 8 Uhr. Neues königliches Opernhaus. Götterdämmerung. Festung. Sommerfest. (Anfang 8 Uhr 20 Min.) Romische Oper. Der verbotene Aah.

Berliner, Dummelstudenten. Neues Schauspielhaus. Die keusche Susanna. Neues. Der Rodelzeiger. Thalia. Romische Durchsicht. Schiller. Schariottentanz. Der dunkle Punkt. Lustspielhaus. Die dritte Eskadron. (Anfang 8.30 Uhr.) Kleines. Vorabend. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Neue. Kasernenluft. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Teinon. Das Fräulein. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Neues Operetten. Eine Million. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Badines Einführung. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Wetron. Goldes amüsiert sich. Folies Caprice. Die letzte Nacht. Drei Frauenhülle. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Prater. Die drei Grayten. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Volgt. Goldene Jugend. Road. Ein Mädchen. Die Verlobung bei der Laterna. - Spezialitäten.

Apollon. Spezialitäten. Wagnar. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Säng. Wintergarten. Spezialitäten. Karl Hoyerland. Spezialitäten. Kaiser - Panorama. II. Teil: Indien. - Wanderung auf Bornholm. Urania. Lindenstraße 48/49. Geschlossen. Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater. Charlottenburg. Der dunkle Punkt. Lustspiel in 3 Akten v. G. Adelburg und Rudolf Preßler. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr. Morgen und folgende Tage: Der dunkle Punkt.

Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Bummelstudenten. Täglich: Bummelstudenten.

Neues Theater. 8 Uhr. Täglich: Der Rodelzeiger. Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll) Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Gastspiel Martha Leffler-Burkard: Götterdämmerung Freitag, abends 7 Uhr: Heister-singer von Nürnberg.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Geschlossen.

2000. LOGISCHER GARTEN. Täglich ab 4 Uhr: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Chausseestr. 30/31. Täglich 8 1/2 Uhr: Badines Einführung. Roman Operette I. 3 Akt. (4 Bildern) v. W. R. W. v. H. de Geisler.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 139. Täglich: Anfang 8 1/2 Uhr. Kasernenluft. Auf der Gartenbahn: Es gibt nur ein Berlin. - Große Revue.

Metropol-Theater. Hoheit amüsiert sich! Operette in 3 Akten von G. Freund. Musik von Rudolf Kellon. In Szene gesetzt vom Dir. K. Schulz. Anfang 8 Uhr. Sauchen gelattet.

Volgt-Theater. Gefundenbrunnen, Badstraße 58. Heute sowie täglich: Goldene Jugend. Dr. Lebensbild in 1. u. 2. Akt. Täglich neue erstklassige Spezialitäten. Neue erstklassige Spezialitäten. Kaffeeöffnung 2. Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum. Die Neger-Riesin. Abomah, die größte Frau, die je gelebt. Alles ohne Extra-Eintritt!

Neue Welt. Amerikanischer Vergnügungs-Park. Heute Elitetag. Großes Parade-Gala-Feuwerk. The great Grigori Allison Truppe, 8 Parsonen, Ikarische Spiele. Die Zauberröte, urkomische Pantomime. Teufelsrad, Wasserrutschbahn, Gebirgsbahn, Liebesmühle, Cake walk u. a. interessante Volksbelustigungen. Täglich großes Promenadenkonzert und Spezialitätenvorstellung. Eintritt 25 Pf. Sonnabend, 22. Juli: Sommerfest d. Maschinenbau- u. Metallarb.

Karl Eisermanns „Elysium“ Landsberger Allee 40/41. Heute sowie täglich: Große Spezialitäten. Um 10 Uhr: Rad-Wettrennen. Gold- und Ehrenpreise. Anfang 6 Uhr, der Spezialitäten um 7 Uhr. Eintritt 10 Pf. Achtung, Vereine! Sonnabende sind noch zu vergeben.

Apollon Theater. 8 Uhr: Die grandiosen Spezialitäten. 8 1/2 Uhr: Ensemble-Gastspiel Harry Walden in Sein Herzensjunge. Bundesliste mit Gef. u. Lang in 2 Akt. von H. Reichardt und H. Schaner. Musik von R. Koll.

LA TORTAJADA. Die 7 Korinnas, klassische Tänze. Kaufmanns Lady cycle troupe. De Dio. Charles Barons Harlecke-Menagerie. Tachin Maes 8 heil Chungusen und eine Kette hervorragender Kunstkräfte!

WINTERGARTEN. Die ausserlesenen Attraktionen! LA TORTAJADA. Die 7 Korinnas, klassische Tänze. Kaufmanns Lady cycle troupe. De Dio. Charles Barons Harlecke-Menagerie. Tachin Maes 8 heil Chungusen und eine Kette hervorragender Kunstkräfte!

Reichshallen-Theater. Gastspiel Oskar Junghänel mit seiner berühmten Herrengeellschaft. Anfang wochent. 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. I. August. Wiederbeginn der Soireen der Stettiner Säng.

Luna-Park. Sensationelle Attraktionen! Johnstowns Untergang, Cairo, Lachhaus, Hippodrom - Lehmann, Tanagra - Theater, Teufelsrad, Moulin rouge, Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Mon Plaisir u. v. a. Am Sonnabend, den 22. Juli: Elitetag. Festbeleuchtung d. Parks. Pracht-Front-Feuwerk. Apotheose: Die keusche Susanna.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Donnerstag, den 20. Juli 1911: Theater und Spezialitäten. Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr. Vorzugskarten haben Gültigkeit. Jeden Montag: Lustige Säng.

Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Berlin N., Blumenstraße 16. Konzert, Theater, Spezialitäten. Ein Glückskerl. Schwan-Parade in 2 Akten von Beside. Die Verlobung bei der Laterna. Operette in 1 Akt von G. Offenbach. Anfang 6 Uhr.

Moabiter Wintergarten Artus-Hof. Parloberger Str. 26, Standaler Str. 15. Direktion: Karl Pirna. Alles leicht über den Augen und springenden August. Gobson, den König der Kopfläufer auch man gelesen haben. Der lustige Schnitter. Schwan in 1 Akt. Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Toni Thoms Jim u. Jam The Hevaldos Comp. u. d. Varietè-Festspiel-Prgr.

Volksgarten-Theater. Donnerstag, den 20. Juli: Konzert, Theater, u. Spezialitäten-Vorstellung. Ann. Bellini. Les Oracles. Fritz Prüne. The Original Burtons. Der artifice Brunnen. Zauberposse m. Gef. u. Lang u. Räder.

Admiralspalast Am Bahnhof Friedrichstraße. Eis-Arena. Geöffnet v. 10 Uhr vorm. in der heißen Jahreszeit angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich: D. prunkvolle Eisballett. Montreal Die Stadt auf Schiffs-schuben. Neu: Push-Ball-Spiel Zahlreiche Kunstlaufproduktionen. Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts. Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abds.: halbe Kassenpreise.

Max Klems Sommer-Theater. Rudolf Krüger, Gajenbeide 13-15. Täglich: Weltliche Theater und Spezialitäten-Vorstellungen. Zeitbedachter Theatergarten, bei ungenügender Sittung Schutz bieten. Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfest. Donnerstag: Elitetag. Folies Caprice. Täglich 9 1/2 Uhr: Parisiana-Ensemble. 3 Frauenhülle. Die letzte Nacht. Ein Fenster zu vermiessen. Das Strumpfband. Königstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72. Gde. Alexanderstr. Täglich: Geniehet das Leben! Dr. Orland-Poll. v. B. Gerde. Augst: Franz Heißner, Les Emanuels, Wally Richards. Anf. 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Schweizer-Garten Am Königtor. Am Friedrichshagen. Täglich: Theater, Spezialitäten, Kinematograph. Jeden Mittwoch: Kinderfest. Kin. wochentags 5, Sonnt. 4 Uhr. Café Bellevue. Kummelsburg am See. Inh.: G. Tempel. Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstell. u. Garten-Konzert. Jeden Sonnabend und Donnerstag: Soireen der Hoffmanns Säng. Nibles Fest-Säle Dennewitzstraße 13. Schöner Naturgarten. Sonnabend, den 22. Juli, großes Kinderfest des 2. Wahlkreises. Jeden Donnerstag: Tanzkränzchen bei freiem Entree. C. NIBLE. Für den Inhalt der Zureichere übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Trebbin. Am Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus (E. Schulze): Wahlvereinsversammlung. 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Kasse. 2. Abrechnung vom vierten Quartal 1910/11. 3. Parteiangelegenheiten und Wahl von Delegierten zur Verbands- und Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

Staaken. Sonnabend, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Größtens Gasthof: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Wahl eines Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 4. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

An der See.

Wenn die Schulferien begonnen haben und das Berliner Asphaltpflaster weich wird, dann gehört es zum guten Ton derer die sich leisten können, ins Bad zu reisen. Und wenn es nicht zu einer Badereise reicht, der sucht sich irgendwo in der wald- und wasserreichen Umgebung Berlins eine Sommerwohnung. Die Ferien, die Badereisen sind auch so eine typische Erscheinung unserer heutigen Ordnung. Der abgerackerte, unterernährte Arbeiter, dem sie wirklich nützt, der bekommt sie nicht; während sie den anderen im Grunde nur eine angenehme Abwechslung in ihrer wohlgeordneten Lebensweise sind.

In der bürgerlichen Presse finden wir jetzt Stimmungsbilder aus den bevorzugten Badeorten. Wünscht doch der sein Leibblatt sich nachsendenlassende Abonnent das geschmeichelte Abbild seiner Umgebung wieder zu finden; doch mit Verlaub, nicht etwa langweilige Schilderungen der landschaftlichen Schönheit oder ein Rückblick in die geologische oder historische Vergangenheit der Gegend, — o nein, wozu das auch. Man fährt doch nicht ins Bad, um die See, den Wald, oder auch die Berge zu bewundern. — Wie naiv! Man will sich amüsieren, will flirten, will neue Verbindungen anknüpfen; na es schadet ja nichts, wenn die Umgebung ein „bischen interessant“ ist. Die Hauptsache aber ist ein vornehmes Kurhaus und eine gut angelegte Promenade, damit man ausreichend Gelegenheit hat, die kostbaren Toiletten und noch manches andere zu zeigen. Trivialer Gesellschafts- und Modeklatsch gibt daher den Grundton jener mehr oder minder flotten Blaudeckungen, die ein in den Mode- und anderen Salons herumhorrernder Mitarbeiter schreibt.

Das internationale Publikum, das etwa auf der wunderbaren Promenade Ostendes lustwandelt, mag sich vielleicht infolge seiner exklusiveren gesellschaftlichen Stellung über die mehr oder weniger spießbürgerliche Gesellschaft, die während der Saison den Strand Heringdorfs oder Ahlbeds bevölkert, wunder wie erhaben fühlen; eins haben sie aber alle gemeinsam: einen unglaublichen Klaffendübel! —

Diese Eigenschaft wird denn auch von den interessierten Kreisen, den Hotelbesitzern und ihrem Anhang, gehörig ausgenutzt. Die Stachelstraßsäule der Kurlisten, die Beschränkung der Reunion auf Kurgäste und was sonst noch für Vorschriften herausgebracht werden, sie dienen alle dem einen Zweck: die zahlenden Kurgäste vor der Verührung mit anderen Sterblichen zu schützen. Auf diese Veimruten kriechen sie alle; der waschechte Aristokrat sowohl, wie der neugebackene Barben. Doch um der Gerechtigkeit willen soll zugestanden werden, daß die „Frau Engrosschlächtermeister“ aus Berlin NO. das distinguierte Wesen der „geborenen Dame“ noch etwas sehr tolpatschig kopiert. Darin sind ihre „Lebedamen“, deren Geschäft auch hier blüht, entschieden über. Ja, ja, Frau Schulzen, — liegt nicht dort die „Sekt-Brete“ in ihrem Strandkorb wie eine Aristokratin? — Und sich! — Wie zurückhaltend sie ihren Flirt führt. Wie eine Baronin! — Ja, die Badedirektion hält auf Kasse. —

Die Direktionen fashionable Kurorte haben es schon lange weg, daß der be-rühmte Name einer modernen Hetäre für sie mehr Kessame macht als alle Gutachten ärztlicher Kapazitäten. Darum läßt man sich einen solchen „Kurgast“ etwas kosten. Sie kennen ihr Publikum. Und dann das Zusammentreffen dieser — nur scheinbar — so entgegengesetzten Elemente im Speisesaal. Kabinettstücken der Schauspielkunst bekommt man zu sehen. Doch noch ein Strich zu dem anziehenden Wilde. An der feilen Dirne bewundern die „Damen der Gesellschaft“ die schicken Toiletten; die Kavaliere suchen ihre „Liebe“, ihren Umgang. Der Künstler aber, beispielsweise der „Philharmoniker“ dem man in Berlin noch begeistert Beifall klatscht, konzertiert er in den Sommermonaten auf Rorderney oder anderwärts, den Künstlern sieht man dort nicht für voll an, er wird zu den Dienstboten gerechnet. Nebenbei bemerkt, für seinen Geldbeutel ist dies ein Vorteil, braucht er doch nicht für ein Schälchen Kaffee 50 Pf. und mehr zu zahlen. Nun, sie werden's zu tragen wissen, daß man sie nicht in eine Gesellschaft einreicht, in der weibliche und — männliche Prostituierte sehr geschätzt sind.

Und während mir diese Gedanken durch den Kopf summen, stehe ich am Strande. Es ist 10 Uhr vormittags. Während sonst um diese Zeit die See so glatt wie ein Spiegel daliegt und in dem blendend weißen Sande der Dünen ein buntes farbenes Publikum den Klängen der Kurkapelle lauscht, treibt heute ein steifer Nordwest schäumende Bogen gegen das Land. Dampf drohnend bricht Woge an Woge heran. Leise, tückisch scheint die ungeheure See immer näher heranzukommen, um das Land zu verschlingen. Ouh! — wie der saft zum Sturm angewachsene Wind die Schaumkämme der Bogen absetzt und einem das salzige Raß ins Gesicht sählendert. Das ist wieder das dämonische Meer, das Menschenwille schmiedet.

Schnell legte ich meine Sachen ab und ließ mich durch die zurückdrückenden Bogen in die See hinaustragen. Hei! — das war ein Tanz! — Und dann lernte ich noch eine andere Welt kennen. Am Abend, wenn es dunkelte, dann badeten die Dienstboten, die Einheimischen. Das war ein Lachen und Jauchzen! — Für einige abgestohlene Viertelstunden huschten sie hinaus an den Strand. Da durften auch sie Mensch sein.

Und wieder lag dann die See verlassen da. Der Morgen begann zu grauen. Da kamen wortlos und schweren Schrittes die Fischer den Strand herunter, um draußen die Netze einzuholen. Ich gestellte mich zu ihnen. Wenn wir dann auf offener See die Netze aufholten, wenn der Ertrag immer spärlicher wurde und ich dann an ihrem armseligen Maßl mit teilnahm, während eine andere See am Werke war,

die Fundamente dieser stillen Wirtschaft zu unterwühlen, die Familien moralisch zu vergiften, dann konnte ich die gepuhten Gestalten auf der Promenade, im Kurhause nicht mehr sehen, ohne daß in mir ein bitteres Weh aufstieg. Fischer müssen ihre Heimat, oft auch ihre Ehre, Dienstboten und Angestellte in langen Tagen und Nächten ihre Gesundheit opfern, damit sich die Gesellschaft amüsiert! —

Die Folgen nicht rechtzeitiger Reklamation bei ungerechtfertigter Veranlagung zur Zahlung von Steuern sind oft recht empfindliche. Wurde da in diesem Jahre ein in Voghagen-Nummelsburg wohnender Lehrling zur Zahlung von 8 M. jährlicher Einkommensteuer veranlagt. Der Lehrling erhält ein wöchentliches Kostgeld von 7 M., hatte also ein Einkommen, das der Steuerpflichtigkeit nicht unterliegt. Die Veranlagung des Lehrlings zur Zahlung von Einkommensteuer war um so verwunderlicher, als heute die Arbeitgeber der Steuerbehörde über die Höhe des verdienten Lohnes Auskunft erteilen müssen. Der Vater des Lehrlings glaubte anfänglich, gegen die fälschliche Veranlagung seines Sohnes nichts unternehmen zu sollen, er war der irrthümlichen Meinung, daß sich später der Irrtum der Steuerbehörde herausstellen werde. Auf Zureden von Bekannten entschloß er sich aber doch in letzter Stunde, eine Reklamation einzureichen. Diese Reklamation lief aber bei der Veranlagungsbehörde ein, als die Reklamationsfrist verstrichen war und fand infolgedessen keine Berücksichtigung. Der Lehrling muß auf alle Fälle die Steuer zahlen. Und weil er nicht zahlte, erfolgte Lohnbeschlagnahme. Der Lehrling ist zu unrecht veranlagt worden; er muß zu unrecht für das ganze Jahr die Steuer zahlen. Und das alles, weil die Reklamationsfrist nicht innegehalten worden ist. Es geht doch nichts über den heutigen Bureaokratismus!

Die Volksober in der Bellealliancestraße, der zum Winter zum ersten Mal ein weiblicher Theaterdirektor vorsehen wird, wird gegenwärtig einem umfangreichen inneren Um- und Ausbau unterzogen. Die Sitzplätze sind entfernt, und der ganze Fußboden ist aufgerissen. Einige Türen werden durchgebrochen, und auch die Wägen- und Wanddekorationen erfahren Veränderungen.

Ein Ingenieurbau wird der Verein deutscher Ingenieure auf seinem Grundstück Ecke Sommer- und Dorotheenstraße errichten. Das Gebäude, zu dem ein Wettbewerb ausgeschrieben und dessen Kosten sich auf 900 000 M. belaufen sollen, wird dem Verein zu Verwaltungszwecken dienen.

Soldaten als Tapezierer. Die Fälle, in denen Soldaten bei Privatleuten längere Zeit gewerbliche Arbeit verrichten, häufen sich und rufen den lebhaftesten Protest der freien Arbeiter hervor, die vielfach beschäftigungslos sind und jede Gelegenheit zur Arbeit gerne ergreifen. So wird und jetzt wieder gemeldet, daß seit etwa 14 Tagen ein Soldat der 10. Kompagnie vom Alexander-Regiment in einem Café „In den vier Jahreszeiten“ in der Schönhauser Allee als Tapezierer mit dem Auspolstern von Sofas beschäftigt ist. Der Mann ist von Beruf Tapezierer und soll die Arbeit zu einem Preise von 192 M. übernommen haben. Das kann aber doch nur geschehen, wenn die vorgelegte Militärbehörde Kenntnis von dieser Tätigkeit hat und auch Erlaubnis erteilt hat. Nun hat diese Tätigkeit mit der Ausbildung als Soldat nicht das geringste zu tun. Es muß deshalb an die Militärbehörde das Ersuchen gerichtet werden, öffentlich aufzuklären, wie sie die Beschäftigung der Soldaten als Tapezierer mit den dienstlichen Interessen im Einklang bringen will.

Zu dem Verächt von einem Morde gab ein Leichenfund Veranlassung, der gestern in den ersten Morgenstunden an der Waisenbrücke gemacht wurde. Dort wurde die Leiche eines Mannes gelandet, die fast unbekleidet war und erhebliche Verletzungen aufwies. Mitten auf der Stirn hat die Leiche eine 7 Zentimeter lange und 2 1/2 Zentimeter breite klaffende Wunde, auf der linken Brustseite eine 3 Zentimeter lange, 1 Zentimeter breite klaffende Stichwunde, am linken Arme Verletzungen von Dampferschrauben und in der rechten Armekehle eine scharfrandige Verletzung. Beide Arme und Beine sind mehrfach gebrochen. Die Feststellungen haben ergeben, daß es sich um den Monteur Erich Thönert, der am 28. Juni 1892 zu Berlin geboren wurde und in der Mirbachstraße 88 wohnt, handelt. Die Obduktion hat ergeben, daß der junge Thönert seinen Tod durch Ertrinken gefunden hat. Die Verletzungen an der Leiche rühren alle von Dampferschrauben, Vootschalen usw. her, der Bruststich wahrscheinlich von einer Stoßstange, die mit so großer Kraft gehandhabt wurde, daß sie auch die Knochen um die Fleischwunde herum, die beim Auffinden der Leiche noch etwas Blut absonderte, zertrümmerte. Die Haut an den Unterarmen zeigt, daß der Körper nicht von Anfang an unbekleidet im Wasser gelegen hat. Die Kleidungsstücke können allein schon durch die saugende Gewalt des Wassers am Hals und an der Schraube vom Leibe gerissen worden sein. Die Knochenbrüche und die Zertrümmerung der Leber zeugen von einem starken Druck, der irgendwie auf dem Körper gelastet hat. Alle Verletzungen sind erst nach dem Tode des jungen Mannes entstanden. Thönert war Führer eines Warenfuhrwerks in einer Fabrik in der Lützowstraße. Von dort ist er am Sonnabend nach Feierabend mit mehreren anderen weggegangen. Wann er sich von seinen Begleitern getrennt hat, und wo er zuletzt gewesen ist, weiß man noch nicht. Es läßt sich auch nicht bestimmen, ob er verunglückt oder freiwillig ins Wasser gegangen ist. Wahrscheinlich aber liegt ein Unfall vor.

Psychiatrische Verhöre im Leichenschauhause. Von Interessenten wird lebhaft darüber gellagt, daß der Geheimre Medizinalrat Professor Dr. Strachmann solche Personen, über die er im gerichtlichen Auftrage ein Gutachten abgeben soll, nach dem Leichenschauhause bestellt und sie dort stundenlangen Verhören unterzieht. Gewöhnlich handelt es sich um Leute, die sehr empfindliche Nerven haben und leichter reizbar als andere Menschen sind. Für diese ist es ein sehr peinliches Gefühl, ausgerechnet in dieser unruhigen Umgebung sich von Herrn Strachmann unter die psychiatrische Lupe nehmen zu lassen, wenn sie sich dabei vorstellen müssen, daß derselbe Herr vielleicht noch fünf Minuten vorher an Obduktionsleichen herumgeschält hat. Das Leichenschauhaus und das dem Herrn Geheimrat Strachmann hier angewiesene Amtszimmer steht mit seiner sonstigen gerichtlichen Gutachterfähigkeit in gar keinem oder doch nur sehr losem Zusammenhang. Es wäre daher wohl angemessener und auch für die Betroffenen ärztlicher, wenn derartige Vernehmungen in der ärztlichen Privatwohnung des Herrn Strachmann stattfänden. Bequemlichkeitsgründe dürfen für die jetzige Praxis nicht ausschlaggebend sein.

Eine einbländige Störung im Straßenbahnbetriebe trat am Dienstag in Halensee ein. Dort sprang gegen 3 Uhr nachmittags an der Ringbahnbrücke ein Wagen der Linie A in der Kurve aus den Schienen und sperrte beide Gleise. Durch Mannschaften des Rettungswagens wurde der Wagen wieder eingeleist. Während der Dauer der Störung, die von 2 Uhr 50 Min. bis 3 Uhr 55 Min. währte, wurde der Verkehr auf den Linien 8, 76, 79, A, B, Q, T und U durch Umsteigen aufrecht erhalten, bezw. legten die Wagen in der Restor- und Hoberstraße um. — Eine zweite kleinere Störung ereignete sich am Mittwoch früh am Genietienplatz in Halensee. Dort war ein Waggon der Straßenbahnlinie 8 mit

dem Hinterrad in der Kurve entgleist und mußte durch den Rettungswagen wieder in die Schienen gehoben werden. Während der 25 Minuten dauernden Störung wurden je ein Wagen der Linien 76, 79, Q und U über Schmaragdort, Fehrbelliner Platz und Wilmersdorfer Straße bezw. Umlandstraße, abgelenkt, die Wagen der Linie A nahmen durch die Restorstraße den Verkehr auf.

Die Leiche in der Sandgrube. Zu allerhand Gerüchten sollte ein Leichenfund in den Sandbergen bei Müggelheim Veranlassung geben. In einer Vertiefung wurde ein junger Mensch mit durchschossener Schläfe tot aufgefunden. Neben der Leiche lag ein sechs-läufiger Revolver. Die Gerichtskommission, die sich von Köpenick nach dem Fundort begab, stellte fest, daß Selbstmord vorliegt. In den Taschen des Lebensmüden, der etwa 30 Jahre alt war und dessen Kleidung sehr elegant war, fand man nur 20 Pf.

Gewerbmäßige Ansichtskartenmacher treiben seit kurzem ihr Unwesen in Berlin. Es ist dies eine neue Spezialität im Diebesfach. Die Diebe sehen sich in Cafés und Bierrestaurants im Zentrum der Stadt fest und suchen Gelegenheit zur Ausführung von Diebstählen an Ansichtskarten, die den Gästen zum Kauf angeboten werden. Bekanntlich werden in fast allen Lokalen Auswahlserien zur Durchsicht vorgelegt, und auf diese Serien haben es die Karten abgehoben. Unbemerkt lassen sie, sobald ihnen der Verkäufer den Rücken gekehrt hat, ganze Serien, die einen Wert von etwa 12 M. haben, in der Rocktasche verschwinden. Bei der schlechten Ueberwacht, die der Verkäufer in den geräumigen Lokalen hat, ist es ihm leider nicht möglich, den Verlust der Serien gleich zu bemerken. Die Geschädigten sind in jedem Falle die jungen Verkäufer, die dem Unternehmer die gestohlenen Serien ersetzen müssen.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde gestern morgen eine Zigarrenarbeiterin Martha Hohmann aus der Marienburger Straße 89 von der Kriminalpolizei in Haft genommen. Das junge Mädchen hatte einem Kinde das Leben geschenkt und soll es getötet haben. Die Leiche hatte es in einen Zimmerofen geworfen, wo sie gestern früh von den Wirtsleuten aufgefunden wurde. Die Verhaftete bestreitet, das Kind ermerdet zu haben und behauptet, daß es schon bei der Geburt tot gewesen sei.

Zu der Polizeistunde in der Eßlinger Straße am Sonntagabend gelegentlich der Siftierung eines Kutschers wird berichtet, daß 17 Personen von Schutzleuten zur Wache des 106. Polizeireviere gebracht worden sind. In einem aus polizeilicher Quelle gespeisten Bericht wird von sieben Personen berichtet, die sich den polizeilichen Anordnungen nicht gefügt haben sollen. Der Fahntechniker, von dem wir berichteten und der gleichfalls von Polizeibeamten mißhandelt wurde, wollte nicht dem blutenden Kutscher helfen; er stand vielmehr abseits an der Eßlinger und Ebertstraße ganz allein, weil er auf einen Freund wartete. Da trat ein Schutzmann auf ihn zu und forderte den Mann zum Weitergehen auf. Und weil er erklärte, auf einen Geschäftsfreund zu warten und an der Stelle keinem andern im Wege war, hat er wohl nicht sofort dem völlig unberechtigten Verlangen des Beamten Folge geleistet. Er wurde deswegen sistiert und unter Begleitung einer zahlreichen sich ansammelnden Menge nach der Wache geführt, wo er, wie er behauptet, schwer mißhandelt und auch beleidigt worden ist. Auf der Wache dieses 106. Reviers wurde auch der in der unglücklichsten Weise zugerichtete Kutscher eingeliefert.

Vielleicht dürfte bei einem gerichtlichen Verfahren das Verhalten der Polizeibeamten sich in wenig erfreulichem Lichte darstellen. Die große Zahl der Augenzeugen haben uns Dinge berichtet, die stark an Roabit erinnern.

Fahrtgäste des Dampfers „Prinz August Wilhelm“ der „Stern“-Gesellschaft, welche den Zusammenstoß mit dem Motorboot „Frida“ am 18. Juli in der Nähe des Restaurants „Spreeschloß“ genau beobachtet haben und zweckdienliche Angaben machen können, werden höflich gebeten, ihre Adresse an Paul Lange, Köpenicker Str. 101, gelangen zu lassen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Wandersfahrten am Sonntag, den 23. Juli 1911: I. Fürstensee—Stechlin—See. Abfahrt Stett. Fernbahnhof Sonnabend 8 30 Uhr nachm. II. Granitz—Dübenow—See—Rahnsow. Abf. Stett. Fernbahn 5 43 vorm. III. Barmsee—Blauenstein—Spanbau. Abf. Bahn Friedrichstr. 7 11 vorm. IV. Fürstensee—Wauensee—See—Scharnitzel—See. Abf. Stett. Bahn 4 16 Uhr vorm. V. Besuch des Botanischen Gartens (Dahlem). Treffp. 1 1/2 Uhr am Bahnst. Steglitz.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Familientragödie. In dem Hause Rainzer Str. 20 in Rigdorf verfuhrte Dienstagabend die 26jährige Frau Gertrud des Maurers Böker sich und ihre vier Kinder im Alter von 2—5 Jahren mit Leuchtgas zu vergiften. Die Tat wurde glücklicherweise noch rechtzeitig bemerkt, so daß Mutter und Kinder noch lebend, aber in bedenklichem Zustande gerettet werden konnten. Ueber die entsetzliche Tat erfahren wir folgende Einzelheiten. In dem Hause Rainzer Str. 20 wohnt seit etwa 1 1/2 Jahren der 30jährige Maurer Böker mit seiner um 5 Jahre jüngeren Frau und seinen 4 Kindern im Alter von 2—5 Jahren, zwei Knaben und zwei Mädchen. Die Eheleute lebten im allgemeinen durchaus glücklich miteinander, wenn auch ab und zu kleinere Streitigkeiten vorkamen. Frau Böker war jedoch auf ihren Mann sehr eifersüchtig, anscheinend jedoch ohne jeden Grund, denn der Maurer wird als ein sehr anständiger, fleißiger Mensch geschildert. Die Frau, die infolge einer schweren Krankheit hochgradig nervös war, machte ihrem Manne wohl infolge ihres Leidens häufig heftige Vorwürfe und aus diesem Anlaß gerieten die beiden öfter in Streit, löhnten sich jedoch stets wieder sehr schnell aus. Am Dienstagabend nahmen nun die Bewohner des Hauses Rainzer Straße 20 einen intensiven Gaseruch wahr, der aus der Bökerischen Wohnung drang. Der Hauswirt, dem das aufgeregte Wesen der Frau B. am Vormittage aufgefallen war und der deshalb sofort Verdacht schöpfte, ließ durch einen Schlosser die Wohnungstür öffnen. Den Eintretenden bot sich ein erschütternder Anblick. In der Küche lag auf dem Fußboden Frau Böker in der Mitte ihrer vier Kinder; alle fünf Personen gaben nur noch schwache Lebenszeichen von sich. In der Wohnung waren die familiären Goshähne geöffnet und Frau B. hatte außerdem noch den Brustkorbschlauch der Kochmaschine in den Mund genommen. Mehrere hinzugerufene Ärzte stellten sofort unter Anwendung von Sauerstoffapparaten an Mutter und Kindern energische Wiederbelebungsvoruche an, die nach etwa zweifelhafte Bemühungen auch von Erfolg gekrönt waren. Der Zustand der Frau und der beiden jüngsten Kinder ist jedoch sehr bedenklich, alle drei mühten nach dem städtischen Krankenhaus in Budow übergeführt werden. Die beiden älteren Kinder befinden sich jedoch glücklicherweise ziemlich außer Lebensgefahr und können auf Wunsch des herbeigeeilten Vaters in der Wohnung verbleiben. Allem Anscheine nach hat die Frau die Tat in einem Anfälle geistiger Unmacht verübt. Angeblich soll Frau B. bereits vor zwei Jahren sich und eines ihrer Kinder zu vergiften versucht haben, als sie gerade von schwerer Krankheit kaum genesen war.

Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevorstellung. Die Bewohner der Sachsen-, Repler-, Leutonen und Germanenstraße haben an den Gemeindevorstand eine Petition gerichtet, in der sie um die sofortige Errichtung einer Schule in der Sachsenstraße ersuchen. Die Po-

tenen Weisen darauf hin, daß bereits im Mai d. J. eine öffentliche Versammlung sich mit den hiesigen Schulverhältnissen beschäftigt habe; bis jetzt sei aber eine Aenderung noch nicht eingetreten. Von den 153 Familien sind 214 Kinder eingeschult worden; davon sind 99 Kinder schulpflichtig. Durch die unregelmäßige Schulzeit sowie durch den weiten Weg nach der Schule seien die Kinder, namentlich im Winter, Gefahren an Leben und Gesundheit ausgesetzt. Ein Teil der Kinder müsse nach der in Schönholz gelegenen Schule; dort seien aber die Schulverhältnisse geradezu unhaltbar. Der Bürgermeister stellte zunächst fest, daß die Schule im Gutsbezirk Schönholz der königlichen Regierung unterstehe, und sprach den Wunsch aus, daß die Petition der Schuldeputation überwiesen werde zur Vorberatung. Dem stimmte die Vertretung zu. Hoffentlich dauert die Vorberatung nicht allzu lange, da die Schulverhältnisse für diesen Ortsteil, speziell aber für einen Vorort von Berlin, unwürdig zu nennen sind. Die Vergütung der Erdbau-, Mauer-, Asphalt- und Steinmetzarbeiten für den Neubau der höheren Mädchenschule wurde der Firma Wessel-Berlin zum Preise von 108 521 M. übertragen. Das höchste Angebot war 152 000 M. Genosse Woschke stellte den Antrag, daß bei der Vergütung der Arbeiten die Unternehmer verpflichtet werden, in erster Linie die hiesigen Arbeiter zu berücksichtigen sowie tarifmäßige Löhne zu zahlen. Unserem Genossen wurde darauf erwidert, daß die Bedingungen für die Arbeiten bereits festgelegt seien und jetzt nicht mehr geändert werden könnten; aber in Zukunft werde man den Wunsch berücksichtigen. Dabei ist schon vor mehreren Jahren vom hiesigen sozialdemokratischen Wahlverein derselbe Antrag gestellt worden, daß in Zukunft bei allen derartigen Arbeiten die hiesigen Arbeiter berücksichtigt werden sollen, dem die Vertretung zugestimmt hatte. Eine längere Debatte zeitigte ein Gesuch der Lehrpersonen um Abänderung der Besoldungsordnung. Die Besoldungskommission ist der Auffassung, daß es nicht möglich sei, die Gehälter zu erhöhen, da erst im vorigen Jahre Gehaltsaufbesserungen erfolgt seien. Der diesjährige Etat könne nicht noch mit derartigen Mehrausgaben belastet werden. Die Kommission hat demzufolge das Gesuch mit 8 gegen 1 Stimme abgelehnt. Gemeindevorsteher Weder (Vertreter der Beamten) behauptet den Bescheid und stellt fest, daß er in der Kommission dagegen gestimmt habe. Hierbei kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Bürgermeister und dem Gemeindevorsteher Weder, indem der Bürgermeister dem Herrn Weder entgegenhielt, daß es ja leicht sei, zu allem ja zu sagen, man dürfe die Angelegenheit nicht nur als Vertreter der Beamten beurteilen, sondern auch als Gemeindevorsteher. Herr Weder verließ hierauf den Sitzungssaal. Die nunmehr erfolgte Abstimmung ergab die einstimmige Ablehnung des Gesuches der Lehrpersonen. Die Anstellung eines Schularztes ist gemäß dem Beschlusse der Gemeindevertretung vom 19. Mai vollzogen worden. Die ärztliche Schulaufsicht wird von dem Herrn Sanitätsrat Dr. Straube ausgeübt.

Waidmannslust.

Aus der Organisation. In der am Sonnabend, den 15. d. M., im Restaurant „Meingau“ in Wixenwerder stattgehabten Bezirksgeneralversammlung referierte zunächst Genosse Hildebrandt über: „Militarismus und Sozialdemokratie“. In seinen circa 1 1/2 stündigen, mit Beifall aufgenommenen Ausführungen knüpfte sich eine Diskussion nicht an. Aus dem Bericht der Bezirksleitung war zu ersehen, daß auch in dem verfloffenen Jahr die Mitgliederbewegung gute Erfolge aufzuweisen hatte. Am 30. Juni 1910 waren 218 männliche und 41 weibliche Mitglieder vorhanden. Am 30. Juni 1911 dagegen betrug die Mitgliederzahl insgesamt 338. Es fanden im Berichtsjahre 9 öffentliche und 8 Mitgliederversammlungen statt. Flugblätter wurden circa 30 000, Broschüren 500 verbreitet. Ferner wurde monatlich die „Kadet“ in den Landorten verteilt. Die Parteipresse wird in 310 Exemplaren abonniert. Wenn auch dieses Verhältnis nicht als besonders günstig zu bezeichnen ist, so

bedeutet es immerhin dem Vorjahre gegenüber einen Fortschritt. Nach dem Kassenbericht betragen die Einnahmen 1893,05 M., die Ausgaben 1188,56 M.; Bestand am 30. Juni 1911 372,55 M. Der Bibliothekar legte in seinem Bericht über sehr mangelhafte Benutzung der Bibliothek. Trotzdem ein Bestand von 176 Bänden vorhanden ist, wurden nur 13 abgegeben. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: 1. Bezirksleiter: Genosse Liebold, Waidmannslust; 2. Bezirksleiter: Gen. Lufcher, Waidmannslust; Kassierer: Gen. Eng. Waidmannslust; Schriftführer: Hoffmann, Hohenneudorf. Als Gruppenleiter wurden bestätigt: für Hermsdorf: Wehren, für Waidmannslust: Ekarius, für Glienicke: Uffert und Haberland, für Hohenneudorf: Tiedt, für Wixenwerder: Engel, für Vorgsdorf: Heming, für Vergfelde: Reis. Als Bibliothekar wurde Hoffmann, Hermsdorf, als Lokalmissionsmitglied: Stegmeier, Glienicke, als Revisoren: Eichberg, Mümel und Bülow gewählt. Als Delegierter zum Parteitag und zur Provinzialkonferenz wurde Genosse Liebold nominiert. Die Abrechnung von der Kasseier ergab für Waidmannslust einen Ueberschuß von 48,25 Mark, für Wixenwerder einen solchen von 33,85 M. Zum Schluß wurde noch ein Antrag, der die Herstellung der „Neuen Welt“ auf besserem Papier verlangt, angenommen.

Ober-Schöneeweide.

Mißstände in der Armen- und Gesundheitspflege. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die von den Gemeinden ausgeübte Fürsorge eine völlig unzulängliche ist. So sind z. B. die den Unterlassungsbedürftigen gewährten Beiträge so lächerlich gering, daß es wirklich nicht begehrenswert erscheint, um deswegen die Hilfe der Armenverwaltung in Anspruch zu nehmen. Die Erlangung einer fortlaufenden Unterstützung ist vollends abhängig von der Geduld des Antragstellers, nach vergeblichen Bemühungen immer wieder an die Behörde heranzutreten. Die Schuld an diesen Zuständen liegt in der gänzlich verkehrten Auffassung unserer Ordnung, daß die Fürsorge ein notwendiges Übel sei, mit dem man sich schlecht und recht abzufinden suchen müsse. In unserer Gemeinde besteht der Uebelstand, daß Personen, wie arme Witwen, welche von der Gemeinde zur Krankenpflege herangezogen werden, dafür keine Bezahlung erhalten. Es ist dies ein Zustand, der dringend der Abhilfe bedarf, da diese Beschäftigung vielfach die einzige Existenzmöglichkeit der betreffenden darstellt. Ebenfalls leer gehen in den meisten Fällen die Gebanmen aus, welche zu solchen armen Familien gerufen werden. Des weiteren ist den Armenpflegern die Unterbringung obdachloser Personen ungenügend; die Vereinsthaltung geeigneter Räume ist nachgerade zu einem dringenden Bedürfnis geworden, dessen Erfüllung sich die Gemeinde nicht länger entziehen kann.

Lantwiz.

Turnerveranstaltung. Am Sonnabend, den 22. Juli, feiert die Freie Turnerschaft Lantwiz ihr drittes Stiftungsfest im Lokal von H. Schulz, Wählenstraße. Da der Verein uns bei allen Veranstaltungen unterstützt, so erucht der Vorstand des Wahlvereins die Genossen um rege Beteiligung.

Trebbin (Kreis Teltow).

Ein Gewerkschaftsfest wird am Sonntag, den 23. Juli, von der hiesigen Arbeiterkassette veranstaltet. Der Ausmarsch erfolgt Punkt 12 Uhr.

Spandau.

Das Spielen mit der Schußwaffe. Auf dem Festungsgelände am Gebrüder-Tor in Spandau spielten vorgestern Abend eine Anzahl Kinder, unter denen sich auch der zwölfjährige Schüler Willi Kleand befand. Dieser zog plötzlich eine Pistole hervor und richtete die Waffe auf eines der mitspielenden Mädchen, die siebenjährige Tochter Hedwig des Kaufmanns Schneider. Die Kleine, die natürlich

annahm, es handle sich um einen Scherz, stellte sich lachend vor die Mündung der Pistole und in demselben Augenblick brach der Knabe mit den Worten „Du bist eine Leiche“ ab. Zum Entsetzen der zusehenden Kinder ging auch ein Schuß los und das Mädchen brach mit einem lauten Aufschrei blutüberströmt zusammen. Auf das Hilferufen der übrigen Kinder eilten Passanten hinzu, die sofort einen in der Nähe wohnenden Arzt benachrichtigten, der feststellte, daß die Kleine von einer Kugel in die Brust getroffen war. Nach Anlegung von Notverbanden wurde das bebauerwerte Kind nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt, wo es in sehr bedenklichem Zustande darniederliegt. Das Geschöß, das tief zwischen den Rippen liegt, konnte bisher noch nicht entfernt werden.

Marktpreise von Berlin am 18. Juli 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidiums. Marktpreise (Kleinhandel). 100 Kilogramm Getreide, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speiseobst, weiße 30,00—30,00. Äpfel 20,00—20,00. Kartoffeln 12,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,00—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schmalzfleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,30. Sutter 2,20—2,80. 60 Stück Bier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Karpfen 1,60—2,40. Hefe 1,60—2,20. Bander 1,60—3,60. Heide 1,40 bis 2,80. Barfche 1,00—2,00. Schale 1,20—3,50. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Streife 2,00—3,00.

Eingegangene Druckschriften.

Tätigkeitsbericht des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart 1910/11. 56 S. D. Buchner, Stuttgart.
Kassenbericht 1910 vom Verband der Vorzeulan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. D. C. D. Goertz, Charlottenburg, Curiedestr. 21.

Witterungsübersicht vom 19. Juli 1911.

Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. Tag	Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. Tag
Amsternbe	758	SW	4	heiter	16	Daparanda	749	SW	2	wolkig	13
Hamburg	759	SW	4	heiter	16	Heterodurg	754	SW	1	heiter	13
Berlin	760	SW	3	heiter	15	Scilly	763	SW	3	wolkig	15
Frankfurt	767	SW	4	heiter	18	Uebersee	756	SW	2	wolkig	12
München	761	SW	3	wolkig	24	Paris	765	SW	2	wolkig	16
Wien	761	W	4	wolkig	24						

Wetterprognose für Donnerstag, den 20. Juli 1911.
Ein wenig wärmer, stellenweise heiter, aber noch veränderlich bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 18. 7.	seit am 17. 7.	Wasserstand	am 18. 7.	seit am 17. 7.
Wemel, Mühl	114	-2	Saatz, Großh.	88	+1
Bregel, Insterburg	49	+1	Gabel, Spandau	22	-6
Beichel, Ihora	8	-2	Karbenom	0	-12
Ober, Rathor	97	-2	Spree, Spremberg	72	-2
Stroßen	45	-1	Heesloo	62	+1
Frankfurt	58	0	Sejer, Ründen	126	+7
Walds, Schimm	22	0	Winden	53	+10
Landsberg	43	-1	Rhein, Maximiliankan	434	-5
Wetze, Worbarn	40	-7	Raub	213	-4
Wilde, Weimerig	87	-6	Röln	187	-3
Dreßden	202	-1	Redar, Heilbronn	35	-12
Parbo	32	+2	Rain, Wertham	86	+2
Magdeburg	39	+4	Wolff, Trier		

+) + bedeutet Sturz, - Fall, - ? Unterpegel.

Loden-Woche

Schluß nächsten Sonntag

Ausnahme-Preise!

- Loden-Pelerinen für Herren und Damen, 190—230 cm lang, grau, grünlich, mit Taschen und Tragbändern 7.50
- Loden-Pelerinen für Herren u. Damen, 210—250 cm lang, oliv, grau, braunlich. Prima Strichloden 13.25
- Loden-Pelerinen für Herren und Damen, 230 cm lang. Prima Kamelharn-Loden 18.—
- Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen, 70—90 cm lang, in vielen Farben 4.50
- Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen, 100—110 cm lang, grau, oliv, braunlich 6.—
- Loden-Mäntel für Herren u. Damen, Form Bozen. Pa-Strichloden 15.—
- Loden-Anzüge für Radfahrer. Mit kurzer Hose. In vielen Farben 18.—
- Loden-Anzüge Falten-Joppenform, mit langer und kurzer Hose 21.—
- Loden-Joppen mit Curt, grau und grün 6.00 4.25 3.—
- Loden-Joppen mit Falten (Sportform) 6.—
- Loden-Hosen lang und kurz, mit Manschette 4.50
- Loden-Hüte für Herren, Damen, Knaben und Mädchen 1.90
- Rucksäcke □ Reischemden □ Gürtel □ Stutzen □ Strümpfe

BaerSohn

Kleider-Werke. □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art.

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog Nr. 42 kostenfrei.

MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken

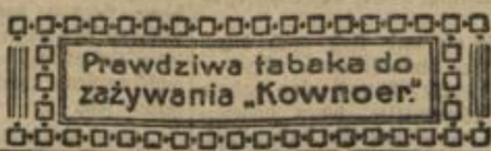
Abbas Dandy Gibson Girl

Erfrischung!
aus der Luft
einzigartig



J. Goldfarb Press. Stargard
gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.



Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!

Reiner gebrühter Rundschaff und Nachbarschaft zur Kenntnis, daß meine Bäckerei, Gubener Str. 51, wieder als geregelt zu betrachten ist.

Die Differenzen, die hier stattgefunden haben, sind zu beiderseitiger Zufriedenheit beigelegt worden. Ich empfehle nach wie vor meiner Rundschaff und Nachbarschaft das größte Brot.

Auch gebe ich von heute ab 5 Stück Backware für 10 Pf.

Bäckmeister Wilhelm Lubbe, Gubener Str. 51.

Der Vertrauensmann der Bäcker u. Konditoren Berlins.

Für Ausflügler

empfehlen wir:

Kiehlings Wanderbuch

für die Mark Brandenburg

3 Teile, mit 66 Karten.

Erster Teil: Nähere Umgebung Berlins Preis 1,50 M.

Zweiter Teil: Weitere Umgebung Berlins, westliche Hälfte Preis 2 M.

Dritter Teil: Weitere Umgebung Berlins, östliche Hälfte Preis 2,50 M.

Kiehlings Taschenatlas der Umgegend Berlins, mit 100 Ausflügen gab. 2.— M.

Straubes Märkisches

Wanderbuch, 4 Teile, mit 76 Karten je 1.— M.

Silva, Märkischer Wander-

Atlas, mit 16 Karten, kart. 1.— M.

Atlas, mit 22 Karten geb. 1,50 M.

Lüders Wanderbücher

durch die Mark Brandenburg

I. Teil: Stettiner, Brieger, Ostbahn.

II. Teil: Schöneberger, Göttinger, Dresdener Bahn.

6 farbige, je 1.— M.

Spezialkarten in reicher Ausstattung und in allen Preislagen vorrätig.

Buchhandlung Vorwärts,

Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.